

Antrag der Redaktionskommission* vom 14. Mai 2003

4001 b

A. Gesetz über die politischen Rechte

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 28. August 2002 und in den Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. März 2003,

beschliesst:

I. Teil: Allgemeines

§ 1. Dieses Gesetz regelt den Inhalt der politischen Rechte und Pflichten auf der Ebene des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden sowie die Voraussetzungen und das Verfahren ihrer Ausübung. Gegenstand und Geltungsbereich

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Gemeindegesetzes über die politischen Rechte und Pflichten in der Gemeinde.

Für die politischen Rechte des Bundes gilt dieses Gesetz, soweit das Bundesrecht keine Bestimmungen enthält.

- § 2. Die politischen Rechte und Pflichten sind:
- a) das Recht, an Wahlen und Abstimmungen des Kantons, des Bezirks und der Gemeinde teilzunehmen, Politische Rechte und Pflichten
 - b) das Recht und die Pflicht, sich in Organe des Kantons, des Bezirks und der Gemeinde sowie in den Ständerat wählen zu lassen, a) Inhalt
 - c) das Recht, Wahlvorschläge, Initiativen und Referenden zu unterzeichnen und einzureichen,
 - d) das Recht, an Gemeindeversammlungen teilzunehmen.

* Die Redaktionskommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Hartmuth Attenhofer, Zürich (Präsident); Reto Cavegn, Oberengstringen; Jürg Leuthold, Aeugst a. A.; Sekretärin: Heidi Baumann.

b) Voraussetzungen

§ 3. Über die politischen Rechte verfügt, wer

- a) Schweizer Bürgerin oder Schweizer Bürger ist,
- b) das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat,
- c) im betreffenden Gemeinwesen politischen Wohnsitz hat,
- d) von der Ausübung der politischen Rechte auf Bundesebene nicht ausgeschlossen ist.

Bei bürgerlichen und kirchlichen Angelegenheiten ist zudem die Zugehörigkeit zum betreffenden Gemeinwesen erforderlich.

Der politische Wohnsitz bestimmt sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte.

Abweichende Bestimmungen über die Wählbarkeit bleiben vorbehalten.

c) Arten der Ausübung

§ 4. Die politischen Rechte werden persönlich oder schriftlich ausgeübt.

Sie können auf elektronischem Weg ausgeübt werden, wenn die technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt sind. Der Wille der Stimmberechtigten muss korrekt festgestellt werden können und das Stimmgeheimnis gewahrt werden.

d) stellvertretende Ausübung

§ 5. Die Verordnung regelt, wie nicht schreibkundige oder schreibfähige Personen die politischen Rechte ausüben können.

Wahl- und Abstimmungs-freiheit

§ 6. Die staatlichen Organe gewährleisten, dass die Meinung der Stimmberechtigten zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck gebracht werden kann, indem sie insbesondere

- a) einen freien und offenen Prozess der Meinungsbildung fördern,
- b) eine von Zwang und unzulässigem Druck freie Stimmabgabe ermöglichen.

Sie stellen sicher, dass das Wahl- oder Abstimmungsergebnis beachtet wird.

Staatliche Organe, staatlich beherrschte Unternehmen und Private, die öffentliche Aufgaben erfüllen, können sich sachlich und mit verhältnismässigem Einsatz von Mitteln an der Meinungsbildung beteiligen, soweit sie vom Thema direkt betroffen sind.

Stimmgeheimnis

§ 7. Bei Urnenwahlen und Urnenabstimmungen sowie bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist das Stimmgeheimnis uneingeschränkt, in den übrigen Fällen soweit als möglich zu wahren.

§ 8. Bei Urnenwahlen und Urnenabstimmungen haben die Stimmberechtigten Zutritt zu den Räumen, in denen die Wahl- und Stimmzettel ausgewertet und die Ergebnisse ermittelt werden. Die Arbeit der Wahlbüros darf dadurch nicht behindert werden. Öffentlichkeit

Unter Wahrung des Stimmgeheimnisses ist es zulässig, das Stimmverhalten der Bevölkerung auszuwerten und zu veröffentlichen.

§ 9. Das Stimmregister wird nach den Bestimmungen des Bundesrechts geführt. Stimmregister

Das Stimmregister steht den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

§ 10. Organe im Sinne dieses Gesetzes sind die von den Stimmberechtigten oder einer Volksvertretung zu besetzenden Stellen. Sie bestehen aus einem oder mehreren Mitgliedern. Die Präsidentin oder der Präsident gilt als Mitglied des Organs. Begriffe

Amt im Sinne dieses Gesetzes ist die Stellung des Mitgliedes eines Organs.

Direktion im Sinne dieses Gesetzes ist die für Wahlen und Abstimmungen zuständige Direktion des Regierungsrates.

§ 11. Die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes über das Verwaltungsverfahren kommen zur Anwendung, soweit dieses Gesetz keine abweichenden Regelungen enthält. Verweis auf das VRG

Die Ausstandsvorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes gelten nur im Rechtsmittelverfahren.

II. Teil: Wahlen und Abstimmungen

1. Abschnitt: Wahl- und Abstimmungsorganisation

A. Behörden

- § 12. Wahlleitende Behörde ist: Wahlleitende Behörde
- a) der Regierungsrat für kantonale Wahlen und Abstimmungen,
 - b) der Bezirksrat für Wahlen im Bezirk,
 - c) der Gemeinderat der Sitzgemeinde eines Zweckverbandes oder eines Notariatskreises bei Wahlen und Abstimmungen in dessen Gebiet,
 - d) die Gemeindevorsteherschaft für Wahlen und Abstimmungen in der Gemeinde.

Die wahlleitende Behörde ist für die korrekte Durchführung der Wahl oder Abstimmung verantwortlich. Bei Unregelmässigkeiten ordnet sie das Nötige an.

Für kantonale Wahlen und Abstimmungen regelt die Verordnung, welche Aufgaben des Regierungsrates durch die Direktion wahrgenommen werden.

Kreiswahl-
vorsteherschaft

§ 13. Bei der Wahl des Kantonsrates und der kirchlichen Synoden unterstützen die Kreiswahlvorsteherschaften die wahlleitende Behörde.

Gemeinde-
wahlbüro
a) im
Allgemeinen

§ 14. In jeder politischen Gemeinde besteht ein Wahlbüro von mindestens fünf Mitgliedern.

Die Gemeindeordnung kann die Mitgliederzahl erhöhen oder dies dem Gemeinderat übertragen. In Gemeinden mit Grosse Gemeinde rat legt dieser die Mitgliederzahl fest.

Die Präsidentin oder der Präsident des Gemeinderates steht dem Wahlbüro vor, die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber führt das Sekretariat.

b) Urnendienst

§ 15. In jedem Abstimmungslokal versehen mindestens zwei Mitglieder des Wahlbüros den Urnendienst. Die Präsidentin oder der Präsident des Wahlbüros bezeichnet eines von ihnen als Leiterin oder Leiter.

Die Mitglieder, die Urnendienst leisten, stellen eine geordnete Stimmabgabe sicher, indem sie insbesondere

- a) die Stimmberechtigung prüfen,
- b) die Wahlzettel abstempeln, sofern für eine Wahl mehrere Wahlzettel zur Verfügung stehen,
- c) das Stimmgeheimnis gewährleisten,
- d) Ruhe und Ordnung im und um das Stimmlokal sicherstellen.

Bei der vorzeitigen Stimmabgabe an der Urne versehen die von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros bezeichneten Gemeindeangestellten den Urnendienst.

Für den Einsatz von Wanderurnen gelten die Bestimmungen sinngemäss.

c) Auszählendienst

§ 16. Die Mitglieder des Wahlbüros, die den Auszählendienst versehen, können durch höchstens gleich viele nicht gewählte Personen unterstützt werden, die nicht stimmberechtigt sein müssen.

Bei Wahlen mit grossem Auszählaufwand kann die Präsidentin oder der Präsident des Wahlbüros die Zahl der Hilfspersonen erhöhen.

§ 17. Für die Stimmabgabe und die Auswertung der Stimm- und Wahlzettel können die Gemeinden ihr Gebiet in Stimmkreise einteilen. d) Stimmkreise

Der Gemeinderat bezeichnet ein Mitglied des Wahlbüros als Vorsteherin oder Vorsteher des Stimmkreises. Diese oder dieser hat im Stimmkreis die Rechte und Pflichten der Präsidentin oder des Präsidenten des Wahlbüros.

§ 18. Die Schul-, Kirch- und Zivilgemeinden können die Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise einer politischen Gemeinde übertragen, die in ihrem Gebiet liegt oder in deren Gebiet sie liegen. Delegation von Aufgaben

Die politischen Gemeinden sind verpflichtet, die Aufgaben gegen Ersatz der Auslagen und angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Die Aufgaben des Wahlbüros werden in jedem Fall durch die Wahlbüros der politischen Gemeinden erledigt.

B. Urnen

§ 19. Der Gemeinderat bestimmt die Urnenstandorte. Er achtet auf gute Zugänglichkeit. Standorte

Er kann Wanderurnen einsetzen.

§ 20. Am Wahl- oder Abstimmungstag ist wenigstens eine Urne während mindestens einer Stunde geöffnet. Die Urnen werden spätestens um 12 Uhr geschlossen. Öffnungszeiten

Die Gemeinden gewährleisten die vorzeitige Stimmabgabe an mindestens zwei der vier letzten Tage vor dem Wahl- oder Abstimmungstag, indem sie die Abstimmungslokale entsprechend öffnen oder die Stimmabgabe in der Gemeindeverwaltung ermöglichen.

C. Elektronische Datenverarbeitung

- § 21. Der Kanton unterhält ein EDV-Programm, das
- a) die Wahlbüros bei der Übertragung des Inhalts der Wahl- und Wahlzettel in elektronischer Form unterstützt,
 - b) den so erfassten Inhalt der Wahl- und Wahlzettel auswertet,
 - c) die Ergebnisse der Wahl oder Abstimmung ermittelt,
 - d) die Daten zwischen Wahlbüro und wahlleitender Behörde übermittelt,
 - e) die erforderlichen statistischen Auswertungen vornimmt.

Das Programm wird den zuständigen Behörden kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie sind verpflichtet, es bei allen Urnenwahlen und -abstimmungen auf der Ebene des Kantons und der Bezirke zu verwenden.

Die Gemeinden sind berechtigt, das Programm auch für kommunale Wahlen und Abstimmungen einzusetzen.

Die Direktion kann den Einsatz von Geräten für die automatisierte Erfassung von Stimm- und Wahlzetteln bewilligen. Der Regierungsrat kann deren Einsatz und Verwendung von hierfür geeigneten Wahl- und Abstimmungszetteln anordnen.

D. Publikationsorgane

§ 22. Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen des Kantons erfolgen im Amtsblatt, solche des Bezirks zusätzlich in den amtlichen Publikationsorganen des Bezirks. Abweichende Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Veröffentlichungen im Zusammenhang mit kommunalen Wahlen und Abstimmungen richten sich nach dem Gemeindegesetz.

2. Abschnitt: Wählbarkeit, Amtszwang und Amtsdauer

A. Wählbarkeitsvoraussetzungen

Wohnsitzpflicht

§ 23. Als Mitglied eines Organs des Kantons oder des Bezirks ist wählbar, wer im Kanton politischen Wohnsitz hat.

Als Mitglied des Grossen Gemeinderates und einer Gemeindevorstanderschaft ist wählbar, wer in der Gemeinde politischen Wohnsitz hat.

Für die Wahl in andere Organe der Gemeinde kann die Gemeindeordnung den politischen Wohnsitz in der Gemeinde oder im Kanton vorschreiben.

Beendigung
der Amtsdauer

§ 24. Gibt das Mitglied eines Organs der Gemeinde oder des Bezirks den erforderlichen politischen Wohnsitz auf, bewilligt die für die vorzeitige Entlassung zuständige Behörde auf Gesuch hin die Beendigung der Amtsdauer, sofern das betroffene Organ dem zustimmt und die Aufgabenerfüllung sichergestellt ist. Für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates ist die Bewilligung ausgeschlossen.

B. Unvereinbarkeit

§ 25. Die Mitglieder des Regierungsrates, die Staatsschreiberin oder der Staatsschreiber dürfen nicht gleichzeitig ein weiteres Amt im Kanton, in einem Bezirk oder in einer Gemeinde besetzen. Die Unvereinbarkeit mit Ämtern des Bundes richtet sich nach der Kantonsverfassung.

Unvereinbarkeitsgründe
a) Organfunktionen

Innerhalb der folgenden Gruppen sind unvereinbar:

- a) Mitglied des Kantonsrates, der Staatsanwaltschaft oder der Jugendstaatsanwaltschaft, voll- oder teilamtliches Mitglied eines obersten Gerichts,
- b) Mitglied des Bezirksgerichts, der Bezirksanwaltschaft, der Jugendanwaltschaft, des Bezirkrates beziehungsweise Statthalterin oder Statthalter innerhalb des gleichen Bezirks,
- c) Mitglied des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates,
- d) Mitglied des Gemeinderates, Friedensrichterin oder Friedensrichter, Gemeindeammann und Betreibungsbeamter innerhalb derselben Gemeinde,
- e) Geschworene oder Geschworener einerseits und Mitglied eines Gerichts, einer Untersuchungs- und Anklagebehörde oder eines Polizeikorps andererseits.

§ 26. Ämter und Anstellungen, die in einem unmittelbaren Wahl-, Anstellungs- oder Aufsichtsverhältnis zueinander stehen, sind unvereinbar.

b) Aufsichtsverhältnis

Dies gilt auch für

- a) die Mitglieder eines Parlamentes gegenüber den Exekutivorganen des betreffenden Gemeinwesens sowie den Angestellten, die der unmittelbaren Aufsicht eines Direktions- oder Departementsvorstandes dieses Gemeinwesens unterstehen, wie Generalsekretärinnen und -sekretäre, Amtsleiterinnen und -leiter,
- b) die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission gegenüber jedem andern Amt oder jeder andern Anstellung in der Gemeinde, mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Wahlbüro,
- c) die kantonale Ombudsperson und jedes andere Amt oder jede andere Anstellung im Kanton oder in einem Bezirk.

Für Ersatzleute und Stellvertretungen gilt dieser Unvereinbarkeitsgrund nicht.

- c) Rechtsmittelverhältnis § 27. Innerhalb der folgenden Gruppen sind unvereinbar:
- a) Friedensrichterin oder Friedensrichter, vollamtliches oder teilamtliches Mitglied des Bezirksgerichts, des Obergerichts oder des Kassationsgerichts,
 - b) Mitglied eines Gemeindeorgans, Statthalter beziehungsweise Mitglied des Bezirkrates, vollamtliches oder teilamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts,
 - c) Mitglied des für Bausachen zuständigen Gemeindeorgans, Mitglied der Baurekurskommissionen, vollamtliches oder teilamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts.
- Für nebenamtliche Ersatzleute und Stellvertretungen gilt dieser Unvereinbarkeitsgrund nicht.
- d) Verwandtschaft § 28. Dem gleichen Exekutivorgan und der gleichen Gerichtsabteilung dürfen nicht angehören:
- a) Ehegatten,
 - b) Eltern, Kinder und ihre Ehegatten,
 - c) Geschwister und ihre Ehegatten.
- Personen in eheähnlicher Lebensgemeinschaft sind den Ehegatten gleichgestellt.
- Für die Mitglieder des Wahlbüros gilt dieser Unvereinbarkeitsgrund nicht.
- e) weitere Gründe § 29. Die Präsidentin oder der Präsident eines Organs darf nicht gleichzeitig Schreiberin oder Schreiber des Organs sein.
- Besteht eine Unvereinbarkeit für die Mitglieder eines Organs, so gilt das auch für die Schreiberin oder den Schreiber dieses Organs.
- Für die Mitglieder von Gemeindeorganen kann die Gemeindeordnung weitere Unvereinbarkeiten für die Ämter und Anstellungen auf allen politischen Ebenen festlegen.
- Verfahren § 30. Tritt eine Unvereinbarkeit ein, teilt die betroffene Person der wahlleitenden Behörde innert fünf Tagen nach Mitteilung der Wahl oder nach Eintritt des Unvereinbarkeitsgrundes mit, für welches Amt sie sich entschieden hat.
- Ohne solche Erklärung weist die wahlleitende Behörde der betroffenen Person ein Amt in der Reihenfolge der nachfolgenden Kriterien zu:
- a) das Amt mit Amtszwang vor jenem ohne Amtszwang,
 - b) das bisherige Amt vor dem neuen Amt,
 - c) Entscheid durch das Los.

C. Amtszwang

§ 31. Für folgende Organe besteht Amtszwang:

- a) Gemeindevorstehererschaft, Rechnungsprüfungskommission, Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen und Wahlbüro,
- b) Geschworene, Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter, Beisitzerinnen und Beisitzer des Mietgerichts sowie Handelsrichterinnen und Handelsrichter,
- c) Organe von Zweckverbänden.

Kein Amtszwang besteht bei Vollämtern, bei Ämtern der Kirchengemeinde sowie bei kommunalen Ämtern, wenn die Amtsträgerin oder der Amtsträger nicht in der Gemeinde wohnt.

Vom Amtszwang ist ferner befreit,

- a) wer mehr als 60 Jahre alt ist,
- b) wer bereits ein Gemeindeamt oder ein anderes von den Stimmberechtigten zu wählendes Amt ausübt,
- c) wer schon während zwei Amtsdauern Mitglied des betreffenden Organs war,
- d) wem die Ausübung des Amtes aus andern wichtigen Gründen nicht zumutbar ist.

D. Amtsdauer

§ 32. Für die Richterinnen und Richter, die Friedensrichterinnen und Friedensrichter, die Geschworenen und die Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer beträgt die Amtsdauer sechs Jahre, für die Mitglieder der übrigen Organe vier Jahre.

Ordentliche
Amtsdauer

Die Amtsdauer beginnt bei Organen mit mehreren Mitgliedern mit der Konstituierung des neu gewählten Organs, bei Organen mit einem Mitglied mit dem Amtsantritt.

Die Amtsdauer endet mit dem Beginn der Amtsdauer des erneuerten Organs.

§ 33. Die Konstituierung oder der Amtsantritt von Organen mit nebenamtlich tätigen Mitgliedern erfolgt

Konstituierung
und Amtsantritt
a) im
Allgemeinen

- a) bei Schulbehörden auf Beginn des Schuljahres,
- b) bei anderen Organen, sobald die Mehrheit der Mitglieder rechtskräftig gewählt ist.

Besteht ein Organ teilweise oder vollständig aus teil- oder vollamtlich tätigen Mitgliedern, einigen sich die bisherigen und die neu gewählten Mitglieder über den Zeitpunkt der Konstituierung oder des Amtsantritts.

Ist das Präsidium eines Organs vom Volk zu wählen, konstituiert es sich erst nach rechtskräftiger Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten.

b) aufsichtsrechtliche
Regelung

§ 34. Hat sich das Organ bis zum 1. September des Wahljahres nicht konstituiert oder ist das Amt bis zu diesem Datum nicht angetreten, trifft die Aufsichtsbehörde die nötigen Vorkehrungen.

Vorzeitige
Entlassung
a) Voraussetzungen

§ 35. Wer die Wählbarkeit verliert, ersucht schriftlich um vorzeitige Entlassung aus dem Amt oder um Erlaubnis zur Weiterführung des Amtes im Sinne von § 24.

Um vorzeitige Entlassung kann ersuchen, wer ein Amt ohne Amtszwang bekleidet oder wer sich auf einen Wahablehnungsgrund nach § 31 Abs. 3 berufen kann, der nicht schon bei der Wahl bestanden hat.

Weiter gehende personalrechtliche Verpflichtungen bleiben vorbehalten.

b) Entscheid

§ 36. Über die vorzeitige Entlassung entscheidet:

- a) der Kantonsrat bei Mitgliedern des Ständerates, des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie bei den durch ihn gewählten Organen,
- b) der Kirchenrat oder die römisch-katholische Zentralkommission bei Gemeindepfarrerinnen und -pfarrern,
- c) der Gemeinderat bei Mitgliedern des Wahlbüros und bei Geschworenen,
- d) die zuständige Aufsichtsbehörde bei den Mitgliedern der übrigen Organe.

Die entlassene Person bleibt bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers im Amt. Die Entlassungsbehörde kann das Ausscheiden auf einen früheren Zeitpunkt hin anordnen.

Teilentlassung

§ 37. Das Mitglied eines Organs kann um Teilentlassung ersuchen, wenn das Gesetz die Amtstätigkeit im Teilamt zulässt und wenn es die dienstlichen Verhältnisse zulassen.

Das für die vorzeitige Entlassung zuständige Organ entscheidet über das Gesuch nach Anhörung des betroffenen Organs und legt den Beschäftigungsgrad neu fest.

E. Entschädigung

§ 38. Die Mitglieder der Organe haben Anspruch auf Ersatz der Auslagen und auf eine angemessene Entschädigung.

3. Abschnitt: Allgemeine Verfahrensbestimmungen für Wahlen

- § 39. Die Stimmberechtigten wählen an der Urne:
- a) die beiden Mitglieder des Ständerates, die Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates und der Kirchensynoden,
 - b) den Statthalter oder die Statthalterin, die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bezirksrates, die Mitglieder der Bezirksschulpflege, der Bezirkskirchenpflege, der Bezirksgerichte und der Bezirksanwaltschaften,
 - c) die Notarinnen und Notare.
- § 40. In Gemeinden ohne Grossen Gemeinderat werden folgende Organe, soweit vorhanden und nicht aus Mitgliedern des Gemeinderates bestehend, wie folgt gewählt:
- a) an der Urne:
 - Gemeinderat (Mitglieder und Präsidentin oder Präsident),
 - Schulpflege (Mitglieder und Präsidentin oder Präsident),
 - Rechnungsprüfungskommission (Mitglieder und Präsidentin oder Präsident),
 - Bestätigungswahl von Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrern,
 - b) an der Urne, sofern die Gemeindeordnung keine Wahl in der Gemeindeversammlung vorsieht:
 - Fürsorgebehörde (Mitglieder),
 - Gesundheitsbehörde (Mitglieder),
 - Gemeindeammänner und Betreibungsbeamte,
 - Friedensrichterinnen und Friedensrichter,
 - c) durch die Gemeindeversammlung, sofern die Gemeindeordnung keine Urnenwahl vorsieht:
 - Kirchenpflege (Mitglieder und Präsidentin oder Präsident),
 - Zivildorsteherchaft (Mitglieder und Präsidentin oder Präsident),
 - Vormundschaftsbehörde (Mitglieder),
 - übrige Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen (Mitglieder),

Wahlorgan,
Wahlform
a) Organe des
Kantons und des
Bezirks

b) Kommunale
Organe in
Versammlungs-
gemeinden

- Wahlbüro (Mitglieder),
- Geschworene,
- Ergänzungsmitglieder der Rechnungsprüfungskommissionen gemäss § 83 a Abs. 2 Gemeindegesetz,
- Ergänzungsmitglieder für die bürgerliche Abteilung des Gemeinderates gemäss § 78 Abs. 2 Gemeindegesetz,
- die von den Stimmberechtigten zu wählenden Mitglieder der Organe eines Zweckverbandes, vorbehältlich abweichender Bestimmungen des Zweckverbandes.

Für folgende Organe kann die Gemeindeordnung die Wahl oder Ernennung durch die Gemeindevorsteherchaft vorsehen:

- Kommissionen mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen,
- Wahlbüro,
- Gemeindeammänner und Betriebsbeamtete.

c) Kommunale
Organe
in Gemeinden
mit Grosse
Gemeinderat

§ 41. In Gemeinden mit Grosse Gemeinderat werden die Mitglieder des Grosse Gemeinderates sowie die Mitglieder und die Präsidentin oder der Präsident des Gemeinderates und die Schulpflege an der Urne gewählt.

Soweit vorhanden und nicht aus Mitgliedern des Gemeinderates bestehend werden die in § 40 Abs. 1 lit. b und c genannten Organe durch den Grosse Gemeinderat gewählt. Die Gemeindeordnung kann die Urnenwahl vorschreiben.

§ 40 Abs. 2 ist auch in Gemeinden mit Grosse Gemeinderat anwendbar.

Wahlart

§ 42. Die Mitglieder des Kantonsrates und des Grosse Gemeinderates werden im Verhältniswahlverfahren gewählt.

Die Mitglieder der übrigen Organe werden im Mehrheitswahlverfahren gewählt. Abweichende Regelungen für die Wahl der Mitglieder der römisch-katholischen Synode bleiben vorbehalten.

Wahlkreise

§ 43. Die Mitglieder der Organe werden im Gebiet des Gemeinwesens gewählt, für das sie zuständig sind. Vorbehalten bleiben abweichende Wahlkreiseinteilungen für die Wahl des Kantonsrates und der kirchlichen Synoden.

Gemeinden mit Grosse Gemeinderat können in ihrer Gemeindeordnung das Gemeindegebiet in mehrere Wahlkreise aufteilen.

Zeitpunkt
der Wahlen

§ 44. Im Jahr, in dem die Amtsdauer abläuft, findet für das gesamte Organ eine Erneuerungswahl statt.

a) Erneuerungswahl

Der erste Wahlgang findet zwischen Januar und April statt, bei Schulorganen zwischen März und Juni.

§ 45. Tritt während der Amtsdauer eine Vakanz ein, wird eine Ersatzwahl durchgeführt. b) Ersatzwahlen

Bei Organen mit mehreren Mitgliedern findet keine Ersatzwahl statt, wenn die Erneuerungswahl innert sechs Monaten erfolgt und die Funktionsfähigkeit des Organs gewahrt bleibt.

Bei Organen mit einem Mitglied gilt die Ersatzwahl als Erneuerungswahl, wenn sie weniger als sechs Monate vor Beginn des Wahljahres stattfindet.

§ 46. Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die gewählte Person gegenüber der wahlleitenden Behörde die Wahl nicht innert fünf Tagen nach der Mitteilung schriftlich ablehnt. Wahlannahme und -ablehnung

Bei Ämtern mit Amtszwang kann die Wahl nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen abgelehnt werden. Die Wahlablehnung ist schriftlich zu begründen.

Bei Ämtern ohne Amtszwang kann die Wahl ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden.

§ 47. Die Verordnung regelt das Wahlverfahren für Teilämter. Teilämter

| 4. Abschnitt: Mehrheitswahlen an der Urne und Urnenabstimmungen

A. Vorverfahren für Mehrheitswahlen

§ 48. Das Vorverfahren für Mehrheitswahlen findet statt Anwendungs-
bereich

- a) bei Bezirkswahlen,
- b) bei Gemeindewahlen, soweit die Gemeindeordnung die stille Wahl oder die Wahl mit gedruckten Wahlvorschlägen vorsieht,
- c) bei der Wahl der Notarinnen und Notare.

§ 49. Die wahlleitende Behörde setzt mit amtlicher Veröffentlichung eine Frist von 40 Tagen an, innert welcher Wahlvorschläge bei ihr eingereicht werden können. Wahlvorschläge
a) Einreichung

Die Gemeindeordnung kann für kommunale Wahlen eine kürzere Frist vorsehen.

Die Wahlvorschläge können eingesehen werden.

§ 50. Auf einem Wahlvorschlag dürfen höchstens so viele wählbare Personen genannt sein, als Stellen zu besetzen sind. b) Inhalt

Jede Person darf höchstens auf einem der Wahlvorschläge und dort höchstens einmal genannt sein.

c) Unterzeichnung und Vertretung

§ 51. Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens 15 Stimmberechtigten des betreffenden Wahlkreises unterzeichnet sein.

Jede Person kann nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Die Unterzeichnung kann nicht zurückgezogen werden.

Wenn die Unterzeichnenden eines Wahlvorschlages keine zur Vertretung ermächtigte Person bezeichnen, gilt die erstunterzeichnende und, wenn diese verhindert ist, die zweitunterzeichnende Person als berechtigt, Vorschläge zurückzuziehen und andere Erklärungen abzugeben.

d) Prüfung

§ 52. Die wahlleitende Behörde prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Bei einem Mangel setzt sie eine Frist von vier Tagen zur Verbesserung an.

Wird ein Mangel innert Frist nicht behoben, ist der Wahlvorschlag ganz oder teilweise ungültig.

Weist ein Wahlvorschlag auch nach der Verbesserung zu viele Namen auf, werden die Überzähligen von unten nach oben gestrichen.

e) zweite Frist

§ 53. Die wahlleitende Behörde veröffentlicht die Namen der vorgeschlagenen Personen und setzt eine Frist von sieben Tagen an, innert welcher frühere Wahlvorschläge geändert oder zurückgezogen oder neue Wahlvorschläge eingereicht werden können.

Nach Ablauf der zweiten Frist können die Wahlvorschläge nicht mehr verändert werden.

Die wahlleitende Behörde prüft auch die definitiven Wahlvorschläge.

Stimmen die zunächst vorgeschlagenen mit den definitiv vorgeschlagenen Personen nicht überein, werden die Namen der definitiv vorgeschlagenen veröffentlicht.

Stille Wahl

§ 54. Die wahlleitende Behörde erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt, wenn

- a) gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen wurden, als Stellen zu besetzen sind, und
- b) die zunächst vorgeschlagenen mit den definitiv vorgeschlagenen übereinstimmen.

Für die nicht besetzten Stellen wird ein Wahlgang mit einem leeren Wahlzettel durchgeführt.

Gedruckte Wahlvorschläge

§ 55. Sind die Voraussetzungen für eine stille Wahl nicht erfüllt, werden gedruckte Wahlvorschläge verwendet. Bei kommunalen Wahlen ist zudem erforderlich, dass die Gemeindeordnung die Wahl mit gedruckten Wahlvorschlägen für dieses Organ vorsieht.

Sind weniger oder gleich viele Personen zur Wahl vorgeschlagen, wie Stellen zu besetzen sind, werden alle vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge auf einen amtlichen Wahlzettel gedruckt.

Sind mehr Personen vorgeschlagen, als Stellen zu besetzen sind, wird jeder Wahlvorschlag als amtlicher Wahlzettel gedruckt.

Die vorschlagenden Personen können den Wahlvorschlag mit einer kurzen Bezeichnung versehen.

Die Stimmberechtigten erhalten eine Wahlanleitung und, sofern mehrere gedruckte Wahlvorschläge vorliegen, einen leeren Wahlzettel.

§ 56. Die Verordnung regelt, durch welche Angaben die Namen auf den Wahlvorschlägen und den gedruckten Wahlvorschlägen ergänzt werden. Ergänzende Angaben

B. Anordnung, Wahl- und Abstimmungsunterlagen

§ 57. Wahlen und Abstimmungen an der Urne werden von der wahlleitenden Behörde angeordnet. Anordnung
a) Zuständigkeit, Veröffentlichung

Die Anordnung von kantonalen Wahlen oder Abstimmungen wird mindestens sieben, die Anordnung anderer Wahlen oder Abstimmungen mindestens vier Wochen vor dem Wahl- oder Abstimmungstag veröffentlicht.

§ 58. Die wahlleitende Behörde legt die Wahl oder Abstimmung auf einen Sonntag, jedoch nicht auf Palmsonntag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, den eidgenössischen Betttag, den Weihnachtstag oder einen Sonntag zwischen dem Weihnachts- und dem Berchtoldstag. b) Wahl- und Abstimmungstag

Die Wahl- und Abstimmungstage werden, soweit möglich, mit jenen des Bundes zusammengelegt.

Ausgeschlossen ist die gleichzeitige Durchführung

- a) der Nationalratswahl und von kantonalen Abstimmungen,
- b) von eidgenössischen oder kantonalen Abstimmungen einerseits und Erneuerungswahlen des Kantonsrates und des Regierungsrates andererseits.

Für zweite Wahlgänge gelten diese Ausschlüsse nicht.

§ 59. Der Regierungsrat ordnet eine Volksabstimmung so an, dass sie innert acht Monaten durchgeführt wird. c) Kantonale Abstimmungen

- a) ab Beschluss des Kantonsrates bei einer Vorlage, die zwingend zur Volksabstimmung gebracht werden muss,
- b) ab Feststellung des Zustandekommens bei Referenden.

Wahl- und
Abstimmungs-
unterlagen
a) Bestand

§ 60. Wahl- und Abstimmungsunterlagen sind:

- a) die Abstimmungsvorlage mit dem Beleuchtenden Bericht,
- b) die Wahl- und Stimmzettel,
- c) der Stimmrechtsausweis,
- d) die Wahlanleitung,
- e) das Beiblatt,
- f) das verschliessbare Stimmzettelkuvert,
- g) das portofreie Antwortkuvert für die briefliche Stimmabgabe.

Die wahlleitende Behörde stellt den Gemeinden rechtzeitig und in genügender Anzahl die Wahl- und Abstimmungsvorlagen, die Wahl- und Stimmzettel, das Beiblatt, die Wahlanleitung und die Beleuchtenden Berichte zur Verfügung.

b) Beiblatt

§ 61. Die wahlleitende Behörde kann den Wahl- und Abstimmungsunterlagen ein Beiblatt beilegen, auf dem die Personen aufgeführt sind, die öffentlich zur Wahl vorgeschlagen worden sind.

c) Zustellung

§ 62. Die Gemeinde stellt den Stimmberechtigten die Wahl- und Abstimmungsunterlagen mindestens drei Wochen vor dem Wahl- und Abstimmungstag zu.

Die Wahl- und Stimmzettel und der Stimmrechtsausweis dürfen frühestens vier Wochen vor dem Abstimmungstag zugestellt werden.

d) Veröffent-
lichung

§ 63. Die wahlleitende Behörde veröffentlicht die Abstimmungsvorlage und den Beleuchtenden Bericht spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag.

Bei kommunalen Abstimmungen kann sich die Veröffentlichung auf die Bezeichnung der Abstimmungsvorlage beschränken.

Beleuchtender
Bericht

§ 64. Zu einer Abstimmungsvorlage wird ein kurzer, sachlich gefasster und gut verständlicher Beleuchtender Bericht verfasst, der folgenden Inhalt aufweist:

- a) die Erläuterung der Vorlage und des Gegenvorschlags,
- b) die Begründung der Mehrheit und von wesentlichen Minderheiten des Parlamentes sowie, falls inhaltlich abweichend, jene des Exekutivorgans,
- c) bei Volksinitiativen oder fakultativen Volksreferenden die Stellungnahme des Initiativ- oder Referendumskomitees,
- d) das Ergebnis der Schlussabstimmung des Parlaments, eine allfällige Abstimmungsempfehlung des Parlaments und die Abstimmungsempfehlung des Exekutivorgans.

In Gemeinden ohne Grossen Gemeinderat werden neben den Angaben gemäss Abs. 1 lit. a und c die wesentlichen Vor- und Nachteile der Vorlage sowie die Anträge des Gemeinderates und der Rechnungsprüfungskommission in den Beleuchtenden Bericht aufgenommen.

Der Beleuchtende Bericht wird in der Regel von der Exekutive verfasst. Das Parlament kann dies seiner Geschäftsleitung übertragen oder diese mit der Formulierung der Minderheitsmeinung gemäss Abs. 1 lit. b beauftragen.

Ehrverletzende, offensichtlich wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen in der Stellungnahme gemäss Abs. 1 lit. c kann die wahlleitende Behörde ändern oder zurückweisen.

C. Stimmabgabe

§ 65. Für die Stimmabgabe werden die amtlichen Wahl- und Stimmzettel verwendet.

Ausfüllen
des Wahl- und
Stimmzettels

Der Wahl- oder Stimmzettel muss durch die stimmberechtigte Person handschriftlich ausgefüllt oder geändert werden.

§ 66. Die Stimme kann jeder wählbaren Person gegeben werden. Diese muss auf Grund des Namens und weiterer Zusätze eindeutig bestimmbar sein.

Bei Wahlen
im Besonderen

Der Wahlzettel darf nur so viele Namen enthalten, als Stellen zu besetzen sind.

Jede Person darf höchstens einmal genannt sein.

Als Präsidentin oder Präsident kann einer Person die Stimme nur gegeben werden, wenn der Person auch eine Stimme als Mitglied des Organs gegeben wird oder wenn die Person bereits Mitglied des Organs ist.

§ 67. Bei gedruckten Wahlvorschlägen können Namen gestrichen, durch andere Namen ersetzt und auf leeren Zeilen Namen hinzugefügt werden.

Bei gedruckten
Wahl-
vorschlägen

§ 68. Bei der Stimmabgabe an der Urne weist sich die stimmberechtigte Person durch den Stimmrechtsausweis aus.

Stimmabgabe
an der Urne

Bestehen begründete Zweifel, ob die stimmende Person mit der auf dem Stimmrechtsausweis bezeichneten Person übereinstimmt, wird ein weitergehender Nachweis der Identität verlangt. Im Zweifelsfall entscheidet die Leiterin oder der Leiter des Urnendienstes.

Eine stimmberechtigte Person kann höchstens zwei weitere Personen an der Urne vertreten. Die vertretene Person hat sich damit auf dem Stimmrechtsausweis schriftlich einverstanden zu erklären.

Briefliche
Stimmabgabe

§ 69. Bei der brieflichen Stimmabgabe legt die stimmberechtigte Person folgende Unterlagen in das Antwortkuvert:

- a) den Stimmrechtsausweis mit der unterschriebenen Erklärung, brieflich zu stimmen,
- b) das verschlossene Stimmzettelkuvert mit den Wahl- und Stimmzetteln.

Die von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Wahlbüros bezeichneten Gemeindeangestellten prüfen die Stimmrechtsausweise und legen die Stimmzettelkuverts in die Urne.

In Fällen vermuteter Ungültigkeit und in Zweifelsfällen übergeben sie die Unterlagen dem Wahlbüro.

D. Auswertung der Wahl- und Stimmzettel

Zusammenzug

§ 70. Berücksichtigt werden die Wahl- und Stimmzettel, die sich in den Urnen befinden oder die bis zur Schliessung der Urnen bei der Gemeindeverwaltung eingetroffen sind.

Die Gemeinden können den Zeitpunkt der letzten Leerung des Briefkastens und des Postfaches der Gemeindeverwaltung auf frühestens Samstag, zwölf Uhr, vorverlegen. Sie geben das den Stimmberechtigten in geeigneter Weise bekannt.

Ermittlung der
Stimmzahlen
a) zu ermit-
telnde Werte

§ 71. Das Wahlbüro ermittelt

- a) die Zahl der Stimmenden, bestehend aus der Summe der an der Urne abgegebenen Stimmrechtsausweise und der brieflich eingegangenen Stimmzettelkuverts,
- b) die Zahl der leeren, der ungültigen und, als Rest, der massgebenden Wahl- und Stimmzettel,
- c) unter den massgebenden Wahl- und Stimmzetteln: die Zahl der leeren, der ungültigen und, als Rest, der massgebenden Stimmen,
- d) unter den massgebenden Stimmen bei Abstimmungen: die Zahl der Ja-Stimmen und der Nein-Stimmen sowie das Ergebnis einer Stichfrage im Sinne von § 136 Abs. 1 lit. c,
- e) unter den massgebenden Stimmen bei Wahlen: die Zahl der Stimmen, die jede kandidierende Person erhalten hat.

§ 72. Wahl- oder Stimmzettel sind ungültig, wenn

- a) sie nicht amtlich sind,
- b) sie nicht abgestempelt sind, sofern bei einer Wahl mehrere Stimmzettel zur Verfügung stehen,
- c) sie ehrverletzende Äußerungen enthalten,
- d) wesentliche Teile fehlen.

b) ungültige
Wahl- und
Stimmzettel

Bei der brieflichen Stimmabgabe sind die Wahl- oder Stimmzettel zudem ungültig, wenn

- a) der Stimmrechtsausweis nicht beiliegt oder nicht unterschrieben ist,
- b) im Antwortkuvert mehr Stimmzettelkuverts als Stimmrechtsausweise liegen,
- c) das Stimmzettelkuvert zur gleichen Sache mehrere Wahl- oder Stimmzettel unterschiedlichen Inhalts enthält. Lauten sie gleich, ist einer von ihnen gültig.

§ 73. Eine Stimme ist ungültig, wenn

- a) die Eintragung anders als handschriftlich durch die stimmberechtigte Person erfolgt ist, unter Vorbehalt von § 5,
- b) sich der Wille der stimmenden Person nicht eindeutig feststellen lässt,
- c) die Person, der die Stimme zukommen soll, nicht genügend bestimmt oder diese Person nicht wählbar ist,
- d) die Person auf dem Wahlzettel bereits einmal aufgeführt ist.

c) ungültige
Stimmen

Enthält ein Wahlzettel mehr gültige Namen von Kandidierenden, als Personen zu wählen sind, sind die überzähligen Stimmen ungültig. Die Namen werden von unten nach oben gestrichen.

Die Stimme für die Präsidentin oder den Präsidenten ist ungültig, wenn für diese Person nicht gleichzeitig als Mitglied gestimmt wird oder wenn diese Person bei Ersatzwahlen nicht bereits Mitglied des Organs ist.

§ 74. Die Ergebnisse der Auswertung und die Zahl der Stimmberechtigten werden in einem doppelt geführten Protokoll festgehalten und der wahlleitenden Behörde sofort übermittelt.

Protokoll und
Übermittlung

Das Protokoll wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten, von der Sekretärin oder dem Sekretär und von zwei weiteren Mitgliedern des Wahlbüros unterzeichnet und das Doppel der wahlleitenden Behörde zugestellt.

E. Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses

- Zuständigkeit § 75. Die wahlleitende Behörde ermittelt das Ergebnis der Wahl oder Abstimmung.
- Als Ergebnis einer Wahl oder Abstimmung gilt der Zusammenzug der Auswertungsergebnisse der Wahlbüros und der Ausgang der Wahl oder Abstimmung.
- Die wahlleitende Behörde kann die Auswertungsergebnisse der Wahlbüros überprüfen und berichtigen. Bei einem knappen Ausgang ordnet sie eine Nachzählung an.
- Bei kommunalen Wahlen und Abstimmungen kann die wahlleitende Behörde die mit der Ermittlung des Ergebnisses zusammenhängenden Aufgaben dem Wahlbüro übertragen.
- Abstimmungen § 76. Eine Abstimmungsvorlage ist angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigt.
- Liegt ein Gegenvorschlag vor und erhalten beide Vorlagen mehr bejahende als verneinende Stimmen, so entscheidet das Ergebnis der Stichfrage gemäss § 136 Abs. 1 lit. c.
- Wahlen
a) erforderliches
Mehr § 77. Eine Person ist im ersten Wahlgang gewählt, wenn sie das absolute Mehr der Stimmen auf sich vereint.
- Haben mehr Personen das absolute Mehr erreicht, als Stellen zu besetzen sind, gilt unter ihnen das relative Mehr.
- Haben weniger Personen das absolute Mehr erreicht, wird für die nicht besetzten Stellen ein zweiter Wahlgang durchgeführt.
- b) absolutes und
relatives Mehr § 78. Die Zahl der massgebenden Stimmen wird durch die doppelte Zahl der zu besetzenden Stellen geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.
- Beim relativen Mehr ist entscheidend, wer mehr Stimmen erhalten hat.
- c) Losentscheid § 79. Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten und liegen keine sofortigen Wahlablehnungen vor, so zieht der Präsident oder die Präsidentin der wahlleitenden Behörde das Los.
- Soweit möglich, werden die Betroffenen für die Losziehung beigezogen.
- Protokoll § 80. Die Ergebnisse der Wahl oder Abstimmung werden in einem Protokoll festgehalten, das von der Präsidentin oder dem Präsidenten und von der Sekretärin oder dem Sekretär der wahlleitenden Behörde unterzeichnet wird.

F. Abschluss der Wahl oder Abstimmung

§ 81. Die wahlleitende Behörde teilt den gewählten Personen die Wahl unverzüglich mit. Sie weist sie auf die Rechtsmittel und die Bestimmungen über die Wahlablehnung und die Unvereinbarkeit hin. Mitteilung und Veröffentlichung

Sie veröffentlicht das Ergebnis der Wahl oder Abstimmung mit der entsprechenden Rechtsmittelbelehrung.

Bei kommunalen Wahlen und Abstimmungen kann die wahlleitende Behörde diese Aufgaben dem Wahlbüro übertragen.

§ 82. Lehnt eine gewählte Person die Wahl ab oder kann das Amt aus anderen Gründen nicht besetzt werden, findet ein zweiter Wahlgang statt. Nichtbesetzung eines Amtes

§ 83. Die wahlleitende Behörde stellt die Rechtskraft des Wahl- oder Abstimmungsergebnisses fest. Feststellung der Rechtskraft

Weicht der zunächst veröffentlichte Ausgang der Wahl oder Abstimmung vom rechtskräftig gewordenen Ausgang ab, veröffentlicht sie das rechtskräftig gewordene Ergebnis der Wahl oder Abstimmung.

G. Zweiter Wahlgang

§ 84. Beim zweiten Wahlgang gelten die Vorschriften für den ersten Wahlgang mit folgenden Abweichungen und Besonderheiten:

- a) Die Anordnung des zweiten Wahlganges wird mindestens 22 Tage vor dem Wahlgang veröffentlicht.
- b) Das Vorverfahren findet nicht statt.
- c) Es können auch Personen gewählt werden, die im ersten Wahlgang nicht zur Wahl standen.
- d) Entscheidend ist das relative Mehr.

5. Abschnitt: Wahl des Kantonsrates

§ 85. Soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes regeln, richtet sich die Wahl des Kantonsrates nach den Bestimmungen des 4. Abschnitts dieses Gesetzes. Verweis

§ 86. Für die Kantonsratswahlen bestehen folgende Wahlkreise: Wahlkreise
a) Bestand

- I. Stadt Zürich, Stadtkreise 1 und 2,
- II. Stadt Zürich, Stadtkreise 3 und 9,
- III. Stadt Zürich, Stadtkreise 4 und 5,

- IV. Stadt Zürich, Stadtkreise 6 und 10,
- V. Stadt Zürich, Stadtkreise 7 und 8,
- VI. Stadt Zürich, Stadtkreise 11 und 12,
- VII. Dietikon, umfassend den Bezirk Dietikon,
- VIII. Affoltern, umfassend den Bezirk Affoltern,
- IX. Horgen, umfassend den Bezirk Horgen,
- X. Meilen, umfassend den Bezirk Meilen,
- XI. Hinwil, umfassend den Bezirk Hinwil,
- XII. Uster, umfassend den Bezirk Uster,
- XIII. Pfäffikon, umfassend den Bezirk Pfäffikon,
- XIV. Stadt Winterthur,
- XV. Winterthur-Land, umfassend sämtliche Landgemeinden des Bezirks Winterthur,
- XVI. Andelfingen, umfassend den Bezirk Andelfingen,
- XVII. Bülach, umfassend den Bezirk Bülach,
- XVIII. Dielsdorf, umfassend den Bezirk Dielsdorf.

b) Kreiswahl-
vorsteherchaft

§ 87. Kreiswahlvorsteherchaft ist

- a) in den Wahlkreisen I. bis VI. das Zentralwahlbüro der Stadt Zürich,
- b) im Wahlkreis XIV. das Zentralwahlbüro der Stadt Winterthur,
- c) im Wahlkreis XV. das Wahlbüro der Gemeinde Elgg,
- d) in den übrigen Wahlkreisen das Wahlbüro des Bezirkshauptortes.

c) Sitzzuteilung

§ 88. Auf Antrag des Regierungsrates teilt der Kantonsrat den einzelnen Wahlkreisen vor jeder Wahl die Zahl der Sitze zu.

Die Zuteilung beruht auf der Zahl der Personen, die im Wahlkreis zivilrechtlichen Wohnsitz haben.

Die Zuteilung erfolgt nach dem Verfahren, das bei der Verteilung der Sitze eines Wahlkreises auf die einzelnen Listen zur Anwendung kommt.

Wahlvorschläge
a) Inhalt

§ 89. Eine Person darf nur auf einem Wahlvorschlag aller Wahlkreise und dort höchstens zweimal genannt sein.

Die vorgeschlagene Person muss schriftlich bestätigen, die Kandidatur anzunehmen.

Jeder Wahlvorschlag muss eine Bezeichnung tragen, die nicht irreführend sein darf und die sich von der Bezeichnung der anderen Vorschläge hinreichend unterscheidet.

Geht der Wahlvorschlag von einer politischen Partei oder einer andern gesellschaftlichen Gruppierung aus, so wird er in dieser Gruppierung in einem demokratischen Verfahren festgelegt.

§ 90. Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens 30 Stimmberechtigten des Wahlkreises unterschrieben sein.

b) Unterzeichnung und Einreichung

Die Wahlvorschläge müssen der Kreiswahlvorsteherschaft bis spätestens am zehnten Dienstag vor dem Wahltag eingereicht werden.

Ab diesem Zeitpunkt können die Wahlvorschläge nicht mehr geändert werden. Die Behebung von Mängeln gemäss § 52 bleibt vorbehalten.

§ 91. Die Präsidentin oder der Präsident der Kreiswahlvorsteherschaft prüft die Wahlvorschläge gemäss § 52, lässt sie allenfalls verbessern und stellt der Direktion umgehend eine Kopie der Wahlvorschläge zu.

c) Prüfung

Die Direktion prüft, ob der Name einer Person nicht auf mehreren Listen steht, und teilt die Ergebnisse allen Kreiswahlvorsteherschaften mit.

§ 92. Die bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen.

Listen

Listen, die in der laufenden Amtsdauer im Rat vertreten sind, erhalten Listennummern in der Reihenfolge ihrer Stärke im Rat. Bei gleicher Sitzzahl entscheidet die alphabetische Reihenfolge der Listenbezeichnungen.

a) Listennummern

Den übrigen Listen wird unter Aufsicht der Vorsteherin oder des Vorstehers der Direktion durch Losentscheid eine Listennummer zugewiesen. Listen aus verschiedenen Wahlkreisen, aber mit gleicher Bezeichnung, erhalten dieselbe Listennummer.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlvorschläge können bei der Losziehung anwesend sein.

Die Direktion teilt den Vertreterinnen und Vertretern der Wahlvorschläge die Listennummer bis zum achten Freitag vor der Wahl mit.

§ 93. Listen können untereinander verbunden werden.

b) Listenverbindung

Einzelne Listen einer Listenverbindung können nicht zusätzlich verbunden werden (Unterlistenverbindung).

Die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlvorschläge teilen der Kreiswahlvorsteherschaft die Listenverbindungen bis zum sechsten Montag vor der Wahl mit.

Die Listenverbindungen werden auf den betreffenden Listen angegeben.

§ 94. Die Kreiswahlvorsteherschaft veröffentlicht die Listen im Amtsblatt unter Angabe der Listennummern und der Listenverbindungen.

c) Veröffentlichung

- Wahlunterlagen § 95. Die Kreiswahlvorsteherschaft lässt die Listen als Wahlzettel drucken und stellt sie den Gemeinden zusammen mit der von der Direktion verfassten Wahlanleitung rechtzeitig zur Verfügung.
- Ausfüllen des Wahlzettels
a) Kandidaten § 96. Auf den Wahlzetteln dürfen nur Kandidatennamen aufgeführt werden, die auf einer der Listen des Wahlkreises erscheinen.
Derselbe Name darf höchstens zweimal auf einem Wahlzettel stehen.
- b) Listenbezeichnung § 97. Listennummer und Listenbezeichnung können durch eine andere Nummer und Bezeichnung ersetzt werden.
Widersprechen sich Listennummer und Listenbezeichnung, ist die Listenbezeichnung massgebend.
Ersatzlose Streichungen und Änderungen der Listennummern oder Listenbezeichnungen, aus denen der Wille des oder der Wählenden nicht eindeutig hervorgeht, gelten als nicht erfolgt.
- Auswertung
a) ungültige Wahlzettel und Stimmen § 98. Neben den in § 72 genannten Fällen sind Wahlzettel ungültig, wenn keiner der aufgeführten Namen auf einer der Listen des Wahlkreises enthalten ist.
Neben den in § 73 Abs. 1 lit. a–c und Abs. 2 genannten Fällen sind Stimmen ungültig, wenn
a) der Kandidatename auf keiner der amtlichen Listen des Wahlkreises steht,
b) derselbe Kandidatename bereits zweimal aufgeführt ist.
- b) Zusatzstimmen § 99. Enthält ein Wahlzettel weniger gültige Kandidatennamen, als im Wahlkreis Sitze zu vergeben sind, werden die übrigen Stimmen als Zusatzstimmen jener Liste gezählt, die auf dem Wahlzettel bezeichnet ist.
- c) zu ermittelnde Werte § 100. Neben den in § 71 lit. a und b genannten Werten ermittelt das Wahlbüro zusätzlich
a) unter den massgebenden Wahlzetteln: die Zahl der ungültigen und, als Rest, der massgebenden Stimmen,
b) unter den massgebenden Stimmen: die Zahl der Stimmen, die jede kandidierende Person erhalten hat (Kandidatenstimmen), und die Zahl der Zusatzstimmen jeder Liste,
c) die Summe der Kandidaten- und Zusatzstimmen jeder Liste (Parteistimmen).
- d) Übermittlung § 101. Die Übermittlung der Angaben im Sinne von § 74 erfolgt an die Kreiswahlvorsteherschaft.

§ 102. Die Kreiswahlvorsteherschaft zieht die Auswertungsergebnisse der Wahlbüros zusammen. Sitzverteilung
a) erste
Verteilung

Die Summe der Parteistimmen aller Listen des Wahlkreises wird durch die um eins vergrösserte Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl heisst Verteilungszahl.

Jeder Liste werden so viele Sitze zugeteilt, als die Verteilungszahl in ihrer Parteistimmenzahl enthalten ist.

§ 103. Bleiben nach der ersten Verteilung noch Sitze übrig, so wird die Parteistimmenzahl jeder Liste durch die um eins vergrösserte Zahl der ihr bereits zugewiesenen Sitze geteilt und der erste noch zu vergebende Sitz derjenigen Liste zugewiesen, die den grössten Quotienten aufweist. b) Verteilung
verbleibender
Sitze

Das Verfahren wird wiederholt, bis alle Sitze verteilt sind.

Bei gleichen Quotienten zieht die Präsidentin oder der Präsident der Kreiswahlvorsteherschaft das Los.

§ 104. Verbundene Listen werden bei der Sitzverteilung zunächst als eine einzige Liste behandelt. Als Parteistimmenzahl gilt die Summe der Parteistimmen aller Listen der Listenverbindung. c) Sitzverteilung
bei Listen-
verbindungen

Die auf die Listenverbindung entfallenden Sitze werden nach den vorstehenden Sitzverteilungsregeln auf die einzelnen Listen verteilt.

§ 105. Die einer Liste zugewiesenen Sitze werden nach Massgabe der Kandidatenstimmen auf die kandidierenden Personen verteilt. Bei gleicher Stimmzahl erhält die auf der Liste zuerst genannte Person den Sitz. d) Sitzverteilung
innerhalb
der Listen

Die nicht gewählten Personen sind Ersatzleute in der Reihenfolge der erzielten Kandidatenstimmen.

Werden einer Liste mehr Sitze zugeteilt, als sie kandidierende Personen enthält, gelten die Regeln über die Bezeichnung einer Ersatzperson und über die Nachwahl.

§ 106. Sofort nach Ermittlung des Wahlergebnisses übermittelt die Kreiswahlvorsteherschaft der Direktion die Wahlergebnisse, anschliessend auch ihr Protokoll-doppel sowie die Protokoll-doppel der Wahlbüros. Abschluss
a) Mitteilung
und Veröffentlichung

Die Mitteilung der Wahl an die gewählten Personen gemäss § 81 Abs. 1 erfolgt durch die Kreiswahlvorsteherschaft, die Publikation durch die Direktion.

§ 107. Auf die konstituierende Sitzung des Kantonsrates hin stellt der Regierungsrat Bericht und Antrag über die Ergebnisse der Wahl und über die Beurteilung von Stimmrechtsrekursen. b) Bericht
und Antrag

c) Nachrücken,
Ersatz- und
Nachwahl

§ 108. Kann ein Sitz nicht besetzt werden oder wird er nachträglich frei, erklärt die Direktion die erste Ersatzperson der betreffenden Liste als gewählt. Lehnt die Ersatzperson die Wahl ab, gilt der Verzicht für die ganze Legislatur.

Kann der Sitz durch Nachrücken nicht besetzt werden, kann die Mehrheit der Unterzeichnenden der Liste eine Ersatzperson bezeichnen.

Kann ein Sitz auch auf diese Weise nicht besetzt werden, ordnet der Regierungsrat im betreffenden Wahlkreis eine Nachwahl an, bei der das relative Mehr entscheidet.

6. Abschnitt: Weitere Wahlen

Ständerat

§ 109. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen stimmberechtigt sind, können an den Ständeratswahlen teilnehmen. Die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte der Auslandschweizer kommen zur Anwendung.

Die Wahl des Ständerates findet gleichzeitig mit der Wahl des Nationalrates statt.

Für die Mitglieder des Ständerates beginnt die Amtsdauer mit ihrer Vereidigung.

Nationalrat

§ 110. Für die Wahl der Zürcher Mitglieder des Nationalrates sind die Wahlvorschläge bis spätestens am elften Donnerstag vor dem Wahltag (73. Tag) der Direktion einzureichen.

Die Listennummern werden gemäss § 92 verteilt, wobei bei der Vertretung der Listen im Rat und bei der Vertretungsstärke nur die Zürcher Mitglieder des Rates berücksichtigt werden.

Für die Zustellung der Wahlzettel an die Stimmberechtigten gilt die Mindestfrist des Bundesrechts.

Grosser
Gemeinderat

§ 111. Die Wahl des Grossen Gemeinderates erfolgt im Verhältniswahlverfahren.

Die Bestimmungen über die Wahl des Kantonsrates kommen sinngemäss zur Anwendung.

Geschworene

§ 112. Auf je 1000 und einen allfälligen Rest von mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern steht der Gemeinde eine Geschworene oder ein Geschworener zu. Jede Gemeinde stellt mindestens eine Geschworene oder einen Geschworenen.

Die Amtsdauer der Geschworenen beginnt am 1. Januar nach dem Wahljahr.

§ 113. Bei Wahlen und Abstimmungen der evangelisch-reformierten Landeskirche ist wahlleitende Behörde

- a) die Direktion bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen,
- b) der Bezirksrat bei der Wahl der Bezirkskirchenpflege.

Kirchliche

Wahlen

a) Wahlleitende
Behörde

Vorbehalten bleiben abweichende Anordnungen der Landeskirche.

Die Wahlen und Abstimmungen in der römisch-katholischen Körperschaft richten sich nach dem Gesetz über das katholische Kirchenwesen.

§ 114. Kreiswahlvorsteherschaft bei Synodalwahlen ist in den Wahlkreisen der Stadt Zürich das Zentralwahlbüro der Stadt Zürich, in den Wahlkreisen der Stadt Winterthur das Zentralwahlbüro der Stadt Winterthur und in den übrigen Wahlkreisen das Wahlbüro des Kreishauptortes.

b) Kreiswahl-
vorsteherschaft

Für die Aufgaben der Kreiswahlvorsteherschaft gelten die entsprechenden Bestimmungen über die Wahl des Kantonsrates sinngemäss.

§ 115. Über die Unvereinbarkeit und die vorzeitige Entlassung entscheidet bei Synodalen die Synode, bei Mitgliedern der Bezirkskirchenpflege der Kirchenrat, bei Kirchenpflegern der Bezirksrat, bei Gemeindepfarrerinnen und -pfarrern der Kirchenrat oder die römisch-katholische Zentralkommission.

c) Unverein-
barkeit und
vorzeitige
Entlassung

§ 116. Die Neuwahlen der Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer werden durch Verordnungen der anerkannten Kirchen geregelt. Die Verordnungen bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

d) Neuwahl
von Gemeinde-
pfarrern

§ 117. Die Kirchenpflege beschliesst vor Ablauf der Amtsdauer, welche Pfarrerinnen und Pfarrer sie den Stimmberechtigten zur Bestätigung vorschlagen will.

e) Stille
Bestätigungs-
wahl

Die Vorschläge der Kirchenpflege werden veröffentlicht.

Die Vorgeschlagenen gelten als bestätigt, sofern nicht innert 20 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, ein Zehntel der Stimmberechtigten bei der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kirchenpflege schriftlich das Begehren um Vornahme der Bestätigungswahl an der Urne stellt. In den Gemeinden mit mehr als 2000 Stimmberechtigten genügen 200 Unterschriften. In der Veröffentlichung wird darauf hingewiesen.

§ 118. Beschliesst die Kirchenpflege, den Stimmberechtigten die Nichtbestätigung von Pfarrerinnen oder Pfarrern zu beantragen, oder verlangt eine genügende Anzahl Stimmberechtigter rechtzeitig die Vornahme der Bestätigungswahl an der Urne, so ordnet die Kirchenpflege die Urnenwahl für alle Pfarrerinnen und Pfarrer an.

f) Bestätigungs-
wahl an der
Urne

In solchen Fällen werden die Namen der Pfarrerrinnen und Pfarrer auf dem Wahlzettel gedruckt mit dem Antrag der Kirchenpflege auf Bestätigung oder Nichtbestätigung.

Wollen die Wählenden die Bestätigung einer Pfarrerin oder eines Pfarrers ablehnen, streichen sie deren oder dessen Namen durch. Streichungen werden als Nein-Stimmen, unveränderte Linien als Ja-Stimmen gezählt.

Stimmen für andere als auf dem Wahlzettel aufgeführte Personen und Wiederholungen des gleichen Namens sind ungültig.

Für jede Pfarrerin und jeden Pfarrer entscheiden die für sie oder ihn abgegebenen Ja- oder Nein-Stimmen.

Das gleiche Verfahren wird angewendet, wenn in einer Gemeinde sich mehr Pfarrerrinnen oder Pfarrer zur Bestätigungswahl stellen, als Pfarrstellen bestehen. Erhalten mehr Pfarrerrinnen oder Pfarrer, als zu bestätigen sind, mehr Ja- als Nein-Stimmen, gilt das relative Mehr.

III. Teil: Kantonale Initiativen

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Gegenstand,
Bezeichnungen

- § 119. Mit einer kantonalen Initiative wird das Begehren gestellt,
- a) die Kantonsverfassung zu ändern,
 - b) ein Gesetz oder einen referendumsfähigen Kantonsratsbeschluss zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben,
 - c) eine Standesinitiative im Sinne von Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung einzureichen.

Das Begehren wird gestellt

- a) bei der Volksinitiative von 10 000 Stimmberechtigten,
- b) bei Einzelinitiativen von einem oder mehreren Stimmberechtigten,
- c) bei der Behördeninitiative von einem oder mehreren Organen des Kantons oder der Gemeinde.

Formen

§ 120. Initiativen können in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs oder der allgemeinen Anregung abgefasst sein. Initiativen auf Gesamtrevision der Kantonsverfassung sind nur in der Form der allgemeinen Anregung zulässig.

Eine Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs ist ein in allen Teilen konkret formulierter Beschlussentwurf in seiner endgültigen, vollziehbaren Form.

Eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung umschreibt das Begehren, ohne den Konkretisierungsgrad gemäss Abs. 2 zu erreichen.

§ 121. Initiativen dürfen nicht gegen übergeordnetes Recht verstossen oder offensichtlich undurchführbar sein. Rechtmässigkeit

Enthält eine Initiative Begehren verschiedener Art, müssen diese einen hinreichenden inneren Zusammenhang aufweisen. Vorbehalten bleiben Initiativen auf Gesamtrevision der Kantonsverfassung.

2. Abschnitt: Volksinitiativen

§ 122. Das Initiativkomitee besteht aus mindestens fünf und höchstens zwanzig Stimmberechtigten. Initiativkomitee

Das Initiativkomitee bezeichnet ein Mitglied als Vertreterin oder Vertreter und ein weiteres Mitglied als dessen Stellvertretung.

§ 123. Jede Unterschriftenliste enthält folgende Angaben: Unterschriften-
listen
a) Inhalt

- a) die Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen politischen Wohnsitz haben,
- b) den Titel, den Text und eine kurze Begründung der Initiative,
- c) den Hinweis, ob es sich um eine allgemeine Anregung oder einen ausformulierten Entwurf handelt,
- d) das Datum der Veröffentlichung im Amtsblatt,
- e) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel,
- f) die Namen und Adressen der Mitglieder des Initiativkomitees,
- g) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt (Art. 281 und 282 StGB).

Der Titel und die Begründung der Initiative dürfen nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

§ 124. Vor Beginn der Unterschriftensammlung reicht das Initiativkomitee der Direktion eine Unterschriftenliste zur Vorprüfung ein. b) Vorprüfung

Die Direktion verfügt die nötigen Änderungen, wenn der Titel oder die Begründung der Initiative oder die Form der Unterschriftenliste den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht.

c) Veröffentlichung

§ 125. Die Direktion veröffentlicht den Titel, den Text, die Bezeichnung als allgemeine Anregung oder ausformulierten Entwurf und die Namen der Mitglieder des Initiativkomitees im Amtsblatt.

Unterschriften-
sammmlung,
Einreichung
der Listen

§ 126. Zur Unterzeichnung der Unterschriftenliste gibt die stimmberechtigte Person handschriftlich ihren Namen, Vornamen, ihr Geburtsjahr und ihre Adresse an und fügt ihre Unterschrift bei.

Die Unterschriftenlisten sind der Direktion gesamthaft und spätestens sechs Monate nach der Veröffentlichung der Initiative im Amtsblatt einzureichen.

Gültigkeit
a) Voraus-
setzungen

§ 127. Eine Initiative ist gültig, wenn ihr Inhalt rechtmässig ist, wenn sie die Einheit der Form wahrt und wenn sie zu Stande gekommen ist.

Eine Initiative ist zu Stande gekommen, wenn die Unterschriftenlisten den gesetzlichen Anforderungen entsprechen und rechtzeitig eingereicht worden sind und wenn die erforderliche Zahl gültiger Unterzeichnungen vorliegt.

Eine Unterzeichnung ist gültig, wenn die unterzeichnende Person in der Gemeinde, die auf der Liste angegeben ist, politischen Wohnsitz hat und wenn sie die Initiative nicht bereits einmal unterzeichnet hat.

Ist ein Teil der Initiative unrechtmässig, wird nur er für ungültig erklärt, wenn der verbleibende Teil die wesentlichen Anliegen der Initiative enthält und ein sinnvolles Ganzes ergibt.

Eine Initiative, die keinen hinreichenden innern Zusammenhang aufweist, wird in mehrere Teile getrennt, wenn die Teile ein sinnvolles Ganzes ergeben und wenn angenommen werden kann, dass eine ausreichende Zahl von Initianten auch die einzelnen Teile unterstützt hätte.

b) Entscheid
der Direktion
und des
Regierungsrates

§ 128. Die Direktion lässt so viele Unterzeichnungen durch die Stimmregisterführenden auf ihre Gültigkeit hin prüfen, als dies für das Zustandekommen der Initiative erforderlich ist.

Die Direktion stellt innert drei Monaten nach Einreichung der Initiative fest, ob sie zu Stande gekommen ist, und veröffentlicht diese Verfügung. Ist sie nicht zu Stande gekommen, wird sie dem Kantonsrat zur weiteren Behandlung als Einzelinitiative überwiesen.

Der Regierungsrat beschliesst über die Rechtmässigkeit der Initiative innert sechs Monaten nach ihrer Einreichung. Hält er sie für vollständig unrechtmässig, stellt er dem Kantonsrat Antrag auf Ungültigklärung.

Andernfalls erstattet er dem Kantonsrat innert eineinhalb Jahren nach ihrer Einreichung darüber und über den Inhalt der Initiative Bericht und Antrag. In begründeten Fällen kann der Kantonsrat die Frist um höchstens sechs Monate verlängern. Lehnt er die Fristverlängerung ab, so hat er die Initiative umgehend in Beratung zu ziehen.

§ 129. Beantragt der Regierungsrat, die Initiative für vollständig ungültig zu erklären, entscheidet der Kantonsrat darüber innert drei Monaten. c) Beschluss des Kantonsrates

Für die vollständige oder teilweise Ungültigerklärung und für die Trennung einer Initiative in mehrere Begehren ist die Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich.

§ 130. Das Initiativkomitee kann die Initiative zuhanden des Kantonsrates in schriftlicher Form begründen. Materielle Behandlung
a) Begründung durch das Initiativkomitee

Bei der materiellen Behandlung im Kantonsrat hat eine Vertretung des Initiativkomitees das Recht, die Initiative persönlich zu begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, falls ein entsprechendes Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Mitglieder des Kantonsrates unterstützt wird.

§ 131. Der Kantonsrat kann einen Gegenvorschlag in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes beschliessen. b) Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag muss denselben Regelungsgegenstand betreffen wie die Initiative.

§ 132. Stimmt der Kantonsrat ohne Gegenvorschlag einer ausformulierten Initiative zu, gilt das Initiativbegehren als sein eigener, dem Referendum unterstehender Beschluss. c) ausformulierte Initiativen

Stimmt der Kantonsrat der Initiative zu und beschliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. Im Beleuchtenden Bericht wird ausgeführt, dass der Kantonsrat den Gegenvorschlag vorziehe.

Lehnt der Kantonsrat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

§ 133. Bei einer allgemein anregenden Initiative beschliesst der Kantonsrat, ob er eine Vorlage ausarbeiten lassen möchte, die dem Begehren der Initiative entspricht, oder ob er sie ablehnt. d) allgemein anregende Initiativen

Lehnt er die Initiative ab, findet eine Volksabstimmung statt.

Stimmt er in der Folge ohne Gegenvorschlag einer Vorlage zu, die dem Begehren der Initiative entspricht, findet keine Volksabstimmung über die Initiative statt. Die Vorlage des Kantonsrates untersteht dem Referendum.

Stimmt er einer Vorlage zu, die dem Begehren entspricht, und beschliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. Im Beleuchtenden Bericht wird ausgeführt, dass der Kantonsrat den Gegenvorschlag vorziehe.

Beschliesst er keine Vorlage, die dem Begehren entspricht, findet eine Volksabstimmung über die Initiative statt. Der Kantonsrat beschliesst eine Abstimmungsempfehlung.

e) zwei Volksinitiativen

§ 134. Sind zwei Volksinitiativen hängig, die sich gegenseitig ausschliessen, bringt sie der Kantonsrat gleichzeitig zur Abstimmung, sofern er keinen Gegenvorschlag beschliesst.

Die Vorschriften über die gleichzeitige Abstimmung über eine Initiative und einen Gegenvorschlag gelten sinngemäss.

Volksabstimmung
a) Ansetzung

§ 135. Der Regierungsrat ordnet eine Volksabstimmung an, wenn ihn der Kantonsrat entsprechend beauftragt hat oder wenn die Schlussabstimmung des Kantonsrates über eine Initiative drei Jahre nach ihrer Einreichung noch nicht vorliegt.

b) Abstimmungsfragen bei Gegenvorschlag

§ 136. Liegt ein Gegenvorschlag vor, werden die Stimmberechtigten auf dem gleichen Stimmzettel gefragt,

- a) ob sie der Initiative zustimmen,
- b) ob sie dem Gegenvorschlag zustimmen,
- c) welche der beiden Vorlagen in Kraft treten soll, falls die Stimmberechtigten beiden Vorlagen zustimmen.

Jede Frage kann unabhängig von der Beantwortung der andern Fragen beantwortet werden.

Rückzug der Initiative

§ 137. Die Mehrheit der Mitglieder des Initiativkomitees kann die Volksinitiative mit schriftlicher Erklärung an die Direktion zurückziehen.

Hat der Kantonsrat einen Gegenvorschlag beschlossen und wird die Initiative zurückgezogen, gilt der Gegenvorschlag als ordentlicher Beschluss des Kantonsrates. Unterliegt der Gegenvorschlag dem fakultativen Referendum, wird er vom Regierungsrat veröffentlicht.

Der Rückzug ist nicht mehr möglich, nachdem der Regierungsrat die Volksabstimmung angeordnet hat.

Weiteres Vorgehen bei allgemeinen Anregungen

§ 138. Wird eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung vom Volk angenommen, lässt der Kantonsrat durch den Regierungsrat oder eine Kommission eine Vorlage ausarbeiten.

Der Regierungsrat oder die Kommission erstattet innert einem Jahr Bericht und Antrag. In begründeten Fällen kann der Kantonsrat die Frist um höchstens sechs Monate verlängern.

Lehnt der Kantonsrat die Vorlage in der Schlussabstimmung ab oder formuliert er einen Gegenvorschlag, wird eine Volksabstimmung über diese Vorlage und den allfälligen Gegenvorschlag durchgeführt.

3. Abschnitt: Einzel- und Behördeninitiativen

§ 139. Einzel- und Behördeninitiativen werden der Geschäftsleitung des Kantonsrates eingereicht.

Der Kantonsrat stellt innert sechs Monaten fest, ob die Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird.

Wird die Initiative vorläufig unterstützt, überweist er sie dem Regierungsrat oder einer Kommission zur weiteren Behandlung nach den Vorschriften über die Volksinitiative. Die Frist zur Stellung von Bericht und Antrag beginnt mit der vorläufigen Unterstützung.

Wird die Initiative nicht vorläufig unterstützt, ist sie erledigt. Lehnt sie der Kantonsrat nach der materiellen Beratung ab, findet keine Volksabstimmung statt.

IV. Teil: Kantonales Referendum

§ 140. Beschliesst der Kantonsrat eine Vorlage, die zwingend zur Volksabstimmung gebracht werden muss oder gegen die das Referendum ergriffen werden kann, kann er neben der Abstimmung über das Ganze ausnahmsweise auch eine solche über einzelne Punkte der Vorlage anordnen. Einzelpunkt-
abstimmung

§ 141. Beim fakultativen Volksreferendum verlangen 5000 Stimmberechtigte, dass über einen Kantonsratsbeschluss, der nach der Kantonsverfassung zur Volksabstimmung gebracht werden kann, eine solche durchgeführt wird. Volks-
referendum
a) Begriff

§ 142. Die Unterschriftenlisten enthalten folgende Angaben: b) Unter-
schriften

- a) die Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen ihren politischen Wohnsitz haben,
- b) die Bezeichnung und das Datum des Beschlusses, über den die Volksabstimmung verlangt wird,
- c) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt (Art. 281 und 282 StGB).

Die Unterzeichnung der Unterschriftenliste richtet sich nach den entsprechenden Bestimmungen über die Volksinitiative.

Die Unterschriftenlisten sind der Direktion gesamthaft innert 60 Tagen einzureichen.

c) Zustande-
kommen

§ 143. Die Prüfung der Unterzeichnungen und das Zustandekommen eines Referendums richten sich nach den entsprechenden Bestimmungen über die Volksinitiative.

Die Direktion stellt innert drei Monaten nach Einreichung der Unterschriftenlisten fest, ob das Referendum zu Stande gekommen ist. Der Entscheid wird veröffentlicht.

Behörden-
referendum

§ 144. Wird das Referendum von 45 Mitgliedern des Kantonsrates ergriffen, so muss die Unterschriftenliste lediglich die Bezeichnung und das Datum des Beschlusses enthalten.

Für die Unterzeichnung genügt die Angabe des Namens und die Unterschrift.

Die Geschäftsleitung des Kantonsrates prüft die Unterschriftenliste und stellt, unter Mitteilung an die Direktion, das Zustandekommen fest.

Rechtskraft

§ 145. Ist das Referendum nicht ergriffen worden oder nicht zu Stande gekommen, stellt der Regierungsrat die Rechtskraft des Kantonsratsbeschlusses fest.

V. Teil: Rechtsschutz und Strafbestimmungen

Anwendbares
Recht

§ 146. Der Schutz der politischen Rechte des kantonalen und kommunalen Rechts richtet sich nach den nachfolgenden Bestimmungen, ergänzend nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

Der Schutz der politischen Rechte des Bundes richtet sich nach Bundesrecht.

Stimmrechts-
rekurs

§ 147. Mit Stimmrechtsrekurs kann die Verletzung der politischen Rechte oder von Vorschriften über ihre Ausübung gerügt werden.

a) Rekurs-
gründe, Anfech-
tungsobjekt

Anfechtbar sind alle Handlungen und Unterlassungen von staatlichen Organen.

b) Legitimation

§ 148. Zum Rekurs berechtigt sind

- a) die Stimmberechtigten des betreffenden Wahl- oder Abstimmungskreises und die Kandidierenden,
- b) Organisationen zur Wahrung ihrer eigenen Interessen oder, im Rahmen ihrer Zweckbestimmung, der Rechte ihrer Mitglieder,
- c) betroffene Gemeindebehörden.

- | § 149. Bei Wahlen und Abstimmungen in der Gemeinde ist der Bezirksrat erste Rekursinstanz. c) Rechtsmittelzug
- Bei Wahlen und Abstimmungen im Bezirk und im Kanton entscheidet
- a) der Kantonsrat gestützt auf einen Bericht und Antrag des Regierungsrates, wenn es um die Wahl des Kantonsrates geht,
 - b) die entsprechende Synode, wenn es um kantonale kirchliche Wahlen geht,
 - c) der Regierungsrat in den übrigen Fällen.
- | § 150. Die Rekursfrist beträgt fünf Tage. d) Frist
- Der Fristenlauf beginnt am Tag nach der schriftlichen Mitteilung der Anordnung, ohne solche am Tag nach ihrer amtlichen Veröffentlichung und ohne solche am Tag nach der Kenntnissnahme der angefochtenen Handlung oder Unterlassung.
- Der Fristenlauf beginnt in jedem Fall spätestens am Tag nach der Veröffentlichung des Ergebnisses einer Wahl oder Abstimmung.
- | § 151. Die Rekursinstanz trifft die erforderlichen Anordnungen. e) Anordnungen der Rekursinstanz
- Bezieht sich der Rekurs auf eine Wahl oder Abstimmung und wird er vor dem Wahl- oder Abstimmungstag eingereicht, kommt ihm aufschiebende Wirkung nur dann zu, wenn dies von der Rekursinstanz auf Antrag oder von Amtes wegen so angeordnet wird.
- Die Rekursinstanz kann Nachzählungen vornehmen oder vornehmen lassen.
- Die Wiederholung einer Wahl oder Abstimmung wird nur dann angeordnet, wenn Gründe dafür bestehen, dass die Unregelmässigkeit den Ausgang der Wahl oder Abstimmung mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit beeinflusst hat.
- | § 152. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben. Ausgenommen sind rechtsmissbräuchlich erhobene Rekurse. f) Kosten
- Die Entschädigung richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.
- | § 153. Mit Busse bis zu 500 Franken wird bestraft, Strafbestimmungen
- a) wer unbefugt eine Wahlurne oder ein verschlossenes Stimmkuvert öffnet,
 - b) wer als Mitglied oder Hilfsperson des Wahlbüros vorsätzlich seine Pflichten verletzt,
 - c) wer als Angehörige oder Angehöriger der Gemeindeverwaltung vorsätzlich ihre oder seine Pflichten bei der Prüfung von Unterschriften und bei der vorzeitigen oder brieflichen Stimmabgabe verletzt,

- d) wer den Anordnungen der verantwortlichen Organe des Wahlbüros zwecks Wahrung von Ruhe und Ordnung in und um die Abstimmungslokalitäten keine Folge leistet.

VI. Teil: Übergangs- und Schlussbestimmungen

- Übergangsrecht § 154. Dieses Gesetz gilt auch für hängige Verfahren. |
Soweit ein Organ oder eine Verwaltungsstelle mit einer Angelegenheit bereits befasst ist, bleibt ihre Zuständigkeit bestehen.
- Anpassung von Bezeichnungen § 155. In folgenden Gesetzen wird der Ausdruck «Wahlgesetz» |
oder «Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen» durch den Ausdruck «Gesetz über die politischen Rechte» ersetzt:
- a) Gemeindegesezt: §§ 41 Abs. 4, 60 Abs. 1,
 - b) Verwaltungsrechtspflegegesetz: § 34 Abs. 4,
 - c) Gesetz über die evangelisch-reformierte Landeskirche: §§ 15 Abs. 2 und 28 Abs. 4,
 - d) Gesetz über das katholische Kirchenwesen: § 16 Abs. 3,
 - e) Gerichtsverfassungsgesetz: § 1,
 - f) Gesetz über das Sozialversicherungsgericht: § 5 b Abs. 4,
 - g) Planungs- und Baugesetz: § 334 Abs. 4,
 - h) Gesetz über die Zürcher Kantonalbank: § 14 Abs. 3.
- Aufhebung bisherigen Rechts § 156. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden das Wahlgesetz |
vom 4. September 1983 und das Initiativgesetz vom 1. Juni 1969 aufgehoben.
- Anpassung anderer Erlasse § 157. Die nachfolgenden Erlasse werden wie folgt geändert: |
- a) Das **Gemeindegesezt** vom 6. Juni 1926:
2. Ankündigung § 43. Jede Versammlung ist, dringliche Fälle vorbehalten, min-
destens vier Wochen vorher unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände öffentlich bekannt zu geben. Die zur Behandlung bestimmten Anträge, Rechnungen und die auf die Verhandlungen bezüglichen Akten sind den Stimmberechtigten zwei Wochen vor der Versammlung zur Einsicht aufzulegen.
Abs. 2 unverändert.

- § 45. Die Gemeindeversammlung wird vom Präsidenten der Gemeindevorsteherschaft geleitet.
- D. Vorsteherschaft
3. Leitung
- Kirch-, Schul- und Zivilgemeinden sowie die Bürgerschaft können durch Gemeindebeschluss die Leitung ihrer Versammlung dem Präsidenten der politischen Gemeinde übertragen, sofern er dem betreffenden Gemeindeverband angehört.
- § 45 a. Die Versammlung wählt offen mit absolutem Mehr die erforderliche Anzahl Stimmzähler, die nicht Mitglieder der beantragenden Behörden sein dürfen.
2. Stimmzähler
- Sie bilden mit dem Präsidenten und dem Schreiber die Vorsteherschaft der Versammlung.
- § 45 b. Der Präsident sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Gemeindeversammlung.
3. Handhabung von Ruhe und Ordnung
- Er kann diejenigen, welche wiederholt die Ruhe stören, wegweisen und eine Versammlung, in der die Ordnung nicht hergestellt werden kann, schliessen.
- Die Fehlbaren werden vom Gemeinderat mit Ordnungsbusse belegt oder, wenn ein Vergehen vorliegt, der zuständigen Untersuchungsbehörde überwiesen.
- § 45 c. Der Präsident stellt die Anfrage an die Versammlung, ob nicht stimmberechtigte Personen anwesend sind.
- E. Feststellung der Stimmberechtigten
1. Nicht Stimmberechtigte
- Ist das der Fall, so fordert der Präsident sie auf, sich aus der Versammlung zu entfernen oder sich an die für Zuhörer bestimmten Plätze zu begeben.
- Im Streitfall entscheidet über ihre Stimmberechtigung sofort die Vorsteherschaft der Versammlung.
- § 45 d. Das Stimmregister liegt während der Verhandlungen zur Einsicht auf oder kann beim Stimmregisterführer eingesehen werden.
2. Stimmregister
- § 46. Die Gemeindeversammlung beschliesst in der Regel auf Antrag der Gemeindebehörde, der vor der Versammlung den Stimmberechtigten zur Einsicht aufgelegt wird. Der Antrag wird vom Präsidenten oder einem von der Behörde bestellten Berichterstatter erläutert.
- F. Antragstellung
1. Antragsrecht der Behörden
- Die Gemeindebehörde kann verschiedene Anträge zur gleichen Sache und Eventualanträge über einzelne Punkte einer Vorlage stellen. Sie bezeichnet den von ihr bevorzugten Antrag.
- Sie kann Antrag auf Abstimmung über eine Grundsatzfrage stellen. Das Abstimmungsergebnis ist für die Behörde verbindlich.

2. Antragsrecht der Stimmberechtigten § 46 a. Jeder anwesende Stimmberechtigte ist befugt, Anträge auf Verwerfung, Änderung, Verschiebung oder Rückweisung des Verhandlungsgegenstandes zu stellen.
3. Rückweisung § 46 b. Verschiebt eine Gemeindeversammlung den Entscheid über einen ihr vorgelegten Antrag, so kann sie ihn der Gemeindevorstehererschaft oder einer besonderen Kommission zur weiteren Prüfung überweisen.
Die Kommission stellt ihren Antrag der Gemeindevorstehererschaft zur Begutachtung zu.
4. Wiedereinbringung eines Antrages § 46 c. Die Behörde ist berechtigt, einen von der Gemeindeversammlung geänderten oder abgelehnten Antrag einer späteren Gemeindeversammlung erneut vorzulegen.
- G. Beratung und Abstimmung
1. Beratung § 46 d. Jeder Stimmberechtigte hat das Recht, sich über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand auszusprechen.
Die Beratung wird fortgesetzt, bis niemand mehr das Wort verlangt oder die Versammlung den Abbruch der Beratung beschliesst.
2. Abstimmungsordnung § 46 e. Rückweisungsanträge werden vor Anträgen zur Sache behandelt.
Liegen Änderungsanträge vor, werden sie zuerst durch Abstimmungen bereinigt. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Hauptanträge.
Gleichgeordnete Änderungs- und Hauptanträge werden nebeneinander zur Abstimmung gebracht. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. Über diesen wird gemäss Absatz 4 abgestimmt.
Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.
3. Durchführung der Abstimmung § 46 f. Vor der Abstimmung legt der Präsident die Anträge und die Fragestellung vor und gibt seine Auffassung über die Abstimmungsfolge bekannt.
Die Abstimmung erfolgt offen, sofern nicht ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten die geheime Abstimmung verlangt.
Bei der offenen Abstimmung erklärt die Vorstehererschaft der Versammlung, auf welcher Seite sich die Mehrheit befindet. Bestehen hierüber Zweifel oder wird die Richtigkeit der Erklärung angefochten, so wird die Abstimmung wiederholt und werden die Stimmen gezählt.
Bei geheimen Abstimmungen stimmt der Präsident mit.
Bei offenen Abstimmungen stimmt er nicht mit. Bei Stimmengleichheit hat er den Stichentscheid.

§ 47. Ist in einer Gemeindeversammlung weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend, kann ein Drittel der Anwesenden zu Beginn einer Wahl verlangen, dass diese statt in der Versammlung an der Urne erfolgen soll. H. Wahlen
1. Verfahrensart

In der Gemeindeversammlung wird geheim gewählt, wenn das Gesetz oder die Gemeindeordnung es so vorschreibt oder wenn ein Viertel der Anwesenden es verlangt.

In den übrigen Fällen wird offen gewählt.

§ 48. Die offenen Wahlen erfolgen nach folgenden Vorschriften: 2. Offene Wahlen

1. Aus der Versammlung werden Wahlvorschläge gemacht.
2. Sind nicht mehr Personen vorgeschlagen, als Stellen zu besetzen sind, werden die Vorgeschlagenen als gewählt erklärt, falls nicht Auszählung verlangt wird.
3. Die Stimmerhebung erfolgt in der Reihenfolge der Vorschläge.
4. Der Präsident wählt nicht mit.
5. Es findet ein Wahlgang statt. Gewählt ist, wer mehr Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident.

§ 49. Für geheime Wahlen gelten folgende Vorschriften: 3. Geheime Wahlen

1. Aus der Versammlung werden Wahlvorschläge gemacht. Die Wählenden sind nicht daran gebunden.
2. Die Stimmabgabe erfolgt auf amtlich ausgegebenen Zetteln. Es gelten die Gültigkeitsvorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte.
3. Der Präsident wählt mit.
4. Es findet ein Wahlgang statt. Gewählt ist, wer mehr Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit zieht der Präsident das Los.

§ 49 a. Vor einer Versammlung kann die Gemeindevorsteher-schaft einen Termin ansetzen, bis zu welchem Wahlvorschläge ange-meldet werden können. 4. Anmeldung von Wahl-vorschlägen

Die Gemeindevorsteher-schaft veröffentlicht die Wahlvorschläge.

Bei der Wahl in der Versammlung sind die Stimmberechtigten an die Wahlvorschläge nicht gebunden.

§ 50. Abs. 1 unverändert. I. Initiativrecht
1. Einreichung

Das Initiativbegehren enthält den Wortlaut und eine kurze Begründung der Initiative sowie Name und Adresse des Initianten oder der Mitglieder des Initiativkomitees.

Werden durch den Initianten oder das Initiativkomitee Unterschriften gesammelt, enthält die Unterschriftenliste folgende Angaben:

1. den Titel, den Wortlaut und die Begründung der Initiative,
2. eine vorbehaltlose Rückzugsklausel,
3. Name und Adresse des Initianten oder der Mitglieder des Initiativkomitees.

Initiativen werden der Gemeindevorstehererschaft eingereicht.

2. Prüfung

§ 50 a. Die Gemeindevorstehererschaft prüft, ob die Initiative von mindestens einer stimmberechtigten Person unterstützt wird, ob sie rechtmässig ist und ob die Gemeindeversammlung zur Behandlung des Gegenstandes zuständig ist.

Ist das nicht der Fall, stellt die Gemeindevorstehererschaft dies mit begründetem Beschluss fest.

3. Beratung in der Gemeindeversammlung

§ 50 b. Ist die Gemeindeversammlung zuständig und die Initiative gültig, legt die Vorstehererschaft die Initiative mit ihrem Antrag der nächsten Gemeindeversammlung vor.

Wird die Initiative weniger als einen Monat vor einer Gemeindeversammlung eingereicht, wird die Initiative an der übernächsten Versammlung behandelt.

Der Initiant oder ein Mitglied des Initiativkomitees begründen den Antrag mündlich in der Versammlung.

Die Gemeindevorstehererschaft kann der Versammlung einen Gegenvorschlag in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes unterbreiten.

Der Initiant oder die Mehrheit der Mitglieder des Initiativkomitees können die Initiative bis zum Beschluss der Gemeindeversammlung über das Initiativbegehren zurückziehen.

4. Verweis

§ 50 c. Für die Form und die Rechtmässigkeit der Initiative gelten die entsprechenden Vorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte.

J. Anfragerecht

§ 51. Jedem Stimmberechtigten steht das Recht zu, über einen Gegenstand der Gemeindeverwaltung von allgemeinem Interesse eine Anfrage an die Gemeindevorstehererschaft zu richten.

Die Anfragen sind spätestens zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung der Gemeindevorstehererschaft schriftlich einzureichen.

Die Gemeindevorstehererschaft beantwortet die Anfrage in der Gemeindeversammlung. Eine Beratung und Beschlussfassung über die Antwort findet nicht statt.

§§ 52 und 53 werden aufgehoben.

§ 54. Der Schreiber der Gemeindevorstehererschaft trägt die Ergebnisse der Verhandlungen, insbesondere die gefassten Beschlüsse und die Wahlen, genau und vollständig in das Gemeindeprotokoll ein. K. Protokoll

Der Präsident und die Stimmzähler prüfen längstens innert sechs Tagen nach Vorlage das Protokoll auf seine Richtigkeit und bezeugen diese durch ihre Unterschrift. Nachher steht das Protokoll den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Das Begehren um Berichtigung des Protokolls ist in der Form des Rekurses innert 30 Tagen, vom Beginn der Auflage an gerechnet, beim Bezirksrat einzureichen.

§ 64. Der Gemeindevorstehererschaft kommt zu: II. Befugnisse
Ziffern 1–3 unverändert;
4. die Vornahme der ihr übertragenen Wahlen und Ernennungen.

§ 66. Abs. 1 unverändert. 2. Beschlussfassung im Allgemeinen
Jedes Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet. Der Präsident stimmt mit.

Bei gleichgeteilten Stimmen gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

§ 66 a. Die Beratung und die Abstimmung richtet sich nach den entsprechenden Vorschriften für die Gemeindeversammlung. 2a. Abstimmungen

Die Abstimmung erfolgt offen.

§ 66 b. Gewählt ist, wer auf der Basis der Zahl der anwesenden Behördemitglieder das absolute Mehr erreicht. Erreichen mehr Kandidierende das absolute Mehr, gilt unter ihnen das relative Mehr. 2b. Wahlen

Im dritten Wahlgang entscheidet ausschliesslich das relative Mehr.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Wahlen in Gemeindeversammlungen.

§ 68 a. Beschlüsse der Gemeindeversammlung sowie allgemein verbindliche Beschlüsse von Gemeindeorganen werden unter Bekanntgabe der Beschwerde- oder Rekursfrist veröffentlicht. Die Veröffentlichung kann sich auf die Bezeichnung des Beschlusses und die Fristansetzung beschränken, mit dem Hinweis, dass der Beschluss in der Gemeinderatskanzlei aufliegt. 5. Amtliche Veröffentlichungen

§ 90. Die Wahlen durch die Gemeinde richten sich nach den entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte. B. Befugnisse
I. Wahlen

- II. Abstimmungen
1. Obligatorisches Referendum
- § 91. Der Abstimmung durch die Gemeinde werden unterbreitet:
Ziffern 1–3 unverändert;
4. Volksinitiativen über Gegenstände gemäss Ziffern 1–3;
 5. Volksinitiativen, die der Grosse Gemeinderat ablehnt, denen er keine Folge leistet oder denen er einen Gegenvorschlag gegenüberstellt.
3. Ausschluss des Referendums
- a) Kraft Gesetzes
- § 93. Folgende Geschäfte des Grossen Gemeinderates können der Gemeindeabstimmung nicht unterstellt werden:
Ziffern 1–6 unverändert;
7. Ablehnende Beschlüsse des Grossen Gemeinderates;
 8. der Beschluss des Grossen Gemeinderates, eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, die einer Initiative in der Form der allgemeinen Anregung entspricht.
4. Verweis
- § 94 a. Im Übrigen gelten die Bestimmungen über das kantonale Referendum, wobei an die Stelle des Kantonsrates der Grosse Gemeinderat und an die Stelle der Direktion oder des Regierungsrates der Gemeinderat tritt.
5. Besondere Abstimmungsgegenstände
- § 94 b. Zulässig ist
- a) die Abstimmung über eine Grundsatzfrage, die für die Behörden verbindlich sind,
 - b) die zusätzliche Abstimmung über einzelne Punkte einer Vorlage,
 - c) die zusätzliche Abstimmung über eine Variante zu einzelnen Punkten der Vorlage,
 - d) die Abstimmung über zwei verschiedene Vorschläge zur gleichen Sache.
- Bei Varianten- und Alternativabstimmungen gemäss Abs. 1 lit. c und d richtet sich das Verfahren nach den für eine gleichzeitige Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag geltenden Vorschriften.
- Marginale zu § 95:
6. Doppelantrag
7. Initiativen
- § 96. Für kommunale Initiativen gelten die Bestimmungen über kantonale Volksinitiativen und Einzelinitiativen mit nachfolgenden Abweichungen:
1. Eine Initiative kann über Gegenstände eingereicht werden, die dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterstehen.
 2. Bei Volksinitiativen wird das Begehren von der in der Gemeindeordnung genannten Zahl von Stimmberechtigten gestellt.

3. Publikationen erfolgen im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde.
4. An die Stelle des Kantonsrates tritt der Grosse Gemeinderat, an die Stelle der Direktion oder des Regierungsrates der Gemeinde-
rat.
5. Die Gemeinden können in der Gemeindeordnung kürzere Be-
handlungsfristen festlegen.
6. Für die vorläufige Unterstützung von Einzelinitiativen ist die Zu-
stimmung einer in der Gemeindeordnung festzulegenden Mindest-
zahl von Mitgliedern des Grossen Gemeinderates erforderlich.

§§ 97–99 werden aufgehoben.

Marginale zu § 100:

8. Weisung

§ 101. Abs. 1 unverändert.

A. Organisation

Die Wahl erfolgt nach dem Verhältniswahlverfahren gemäss den
Vorschriften über die Wahl der Mitglieder des Kantonsrates.

§ 102. Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates müssen in den
Ausstand treten, wenn sie bei einem Beratungsgegenstand persönlich
beteiligt sind.

B. Rechts-
stellung der
Behörden-
mitglieder

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die poli-
tischen Rechte betreffend die Wählbarkeit, die Unvereinbarkeit, den
Amtszwang, die Amtsdauer und die Entschädigung.

§ 106 a. Soweit nachfolgend und in der Geschäftsordnung des
Grossen Gemeinderates nichts anderes bestimmt ist, gelten für die
Wahlen und Abstimmungen die entsprechenden Vorschriften für die
Gemeindeversammlung.

E. Befugnisse
I. Im All-
gemeinen

§ 107. Im ersten und im zweiten Wahlgang gilt das absolute, im
dritten Wahlgang das relative Mehr.

II. Wahlen

Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentin oder
der Vizepräsident werden im geheimen Verfahren gewählt.

§ 108. Dem Grossen Gemeinderat steht zu:

III. Beschlüsse

Ziffern 1–4 unverändert;

5. die Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Wahlbüros, sofern die
Gemeindeordnung dies vorsieht;

Ziffer 6 unverändert.

- B. Rechtsmittel
I. Gemeinde-
beschwerde
- § 151. Beschlüsse der Gemeinde und des Grossen Gemeinderates können von den Gemeindebehörden, von Stimmberechtigten und von denjenigen Personen, die gemäss § 21 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes dazu berechtigt sind, durch Beschwerde angefochten werden:
1. wenn sie gegen übergeordnetes Recht verstossen,
Ziffer 2 unverändert.
- Über die Beschwerde entscheidet der Bezirksrat.
- Im Übrigen richtet sich die Beschwerde nach den Bestimmungen des zweiten Abschnittes des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.
- II. Stimmrechts-
rekurs
- § 151 a. Die Verletzung der politischen Rechte sowie der Vorschriften über ihre Ausübung kann mit Stimmrechtsrekurs gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte geltend gemacht werden.
- Wird beanstandet, im Rahmen einer Gemeindeversammlung oder der Versammlung eines Grossen Gemeinderates seien Vorschriften über die politischen Rechte oder ihre Ausübung verletzt worden, so kann eine Person, die an der Versammlung teilgenommen hat, Stimmrechtsrekurs nur dann erheben, wenn sie die Verletzung schon in der Versammlung gerügt hat.
- Marginale zu § 152:
III. Rekurs
- Marginale zu § 153:
IV. Sonderregelung
- V. Weiterzug
durch die
Gemeinde
- § 155. Ist ein Beschluss der Gemeinde oder des Grossen Gemeinderates im Rechtsmittelverfahren aufgehoben oder geändert worden, entscheidet folgendes Organ darüber, ob die Gemeinde ihrerseits den Rechtsmittelweg beschreiten soll:
- a) in Gemeinden mit Grosse Gemeinderat der Grosse Gemeinderat,
 - b) in Gemeinden ohne Grosse Gemeinderat die Gemeindevorsteherschaft in gemeinsamer Sitzung mit der Rechnungsprüfungskommission. Der Stichtscheid liegt bei der Präsidentin oder dem Präsidenten der Gemeindevorsteherschaft.
- Der Beschluss des Grossen Gemeinderates kann nachgebracht werden, wenn die Gemeindevorsteherschaft das Rechtsmittel bereits ergriffen hat.

b) Das **Kantonsratsgesetz** vom 5. April 1981:

§ 1. Der Kantonsrat wird nach den Bestimmungen des Gesetzes Wahl über die politischen Rechte gewählt.

§ 2. Der Regierungsrat beruft die Mitglieder des Kantonsrates auf den sechsten der Wahl folgenden Montag zur konstituierenden Sitzung ein. Konstituierende Sitzung
a) Einberufung

Er stellt dem Kantonsrat Bericht und Antrag über die gegen die Wahlen erhobenen Rekurse.

§ 5. Satz 1 unverändert. Der Rat erwahrt die Ergebnisse der Wahlen auf Grund des Berichts und Antrages des Regierungsrates. Prüfung der Wahllakten

Mitglieder, deren Wahl angefochten ist, treten bei der Behandlung des Rekurses in den Ausstand.

Abs. 3 unverändert.

§ 12. Verhandlungsgegenstände des Kantonsrates sind: Verhandlungsgegenstände
lit. a und b unverändert,

c) Erhaltung des Ergebnisses der Kantonsratswahl,
lit. d–k unverändert.

§ 13. Folgende Wahlen werden im geheimen Verfahren durchgeführt: Wahlverfahren

- a) das Präsidium und die Vizepräsidien des Kantonsrates,
- b) die Mitglieder des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des Landwirtschaftsgerichts,
- | c) die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentinnen oder die Vizepräsidenten und die Mitglieder des Kassationsgerichts,
- d) die Mitglieder des Bankpräsidiums der Kantonalbank,
- | e) die Präsidentinnen, die Präsidenten und Mitglieder der Baurekurskommissionen.

Sofern mehr Vorschläge gemacht werden, als Sitze zu vergeben sind, werden folgende Wahlen im geheimen Verfahren durchgeführt:

- a) die Mitglieder des Bankrates der Kantonalbank,
- b) die Ombudsperson,
- c) fünf Mitglieder des Aufsichtsrates der Sozialversicherungsanstalt.

Sofern der Rat nichts anderes beschliesst, wird in den übrigen Fällen offen gewählt.

§ 34 wird aufgehoben.

Ausfertigung;
Beleuchtender
Bericht

§ 39. Abs. 1 unverändert.

Soll der Beleuchtende Bericht über Abstimmungsvorlagen durch die Geschäftsleitung des Kantonsrates statt durch den Regierungsrat abgefasst werden, beschliesst dies der Kantonsrat nach Verabschiedung der Vorlage.

Abs. 3 und 4 werden aufgehoben.

Zuständigkeit
a) Allgemeines

§ 43. Abs. 1 unverändert.

Die Geschäftsleitung veröffentlicht im Amtsblatt die Erwahrung der Kantonsratswahl sowie die Wahlen und Beschlüsse des Kantonsrates.

Abs. 4–6 werden zu Abs. 3–5.

c) Das **Gesetz betreffend die Organisation und Geschäftsordnung des Regierungsrates und seiner Direktionen** vom 26. Februar 1899:

Fünfter Abschnitt: Kommissionen und Gremien

§ 62. Die Wahlen und Abstimmungen in Kommissionen und andern Gremien der Verwaltung richten sich nach den entsprechenden Bestimmungen für die Gemeindebehörden.

Abweichende Sonderbestimmungen bleiben vorbehalten.

Titel vor § 63:

Sechster Abschnitt: Übergangs- und Vollziehungsbestimmungen

d) Das **Verwaltungsrechtspflegegesetz** vom 24. Mai 1959:

IV. Rekurs-
erhebung
1. Ort und Frist

§ 22. Abs. 1 und 2 unverändert.

Die vorstehenden Bestimmungen über die Frist gelten für sämtliche Beschwerden und Rekurse des kantonalen Rechtes. Die abweichenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch, des Gesetzes über die politischen Rechte und der auf diesen Gesetzen beruhenden Verordnungen bleiben vorbehalten.

X. Wahl- und
Abstimmungs-
verfahren

§ 40 a. Soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist, richtet sich das Verfahren für Wahlen und Abstimmungen bei Geschäften der Justizverwaltung nach den entsprechenden Bestimmungen für die Gemeindebehörden.

e) Das **Gesetz über das katholische Kirchenwesen** vom 7. Juli 1963:

§ 17. Abs. 1–3 unverändert.

b) Bestätigungswahl

Beschliesst die Kirchenpflege, den Stimmberechtigten die Nichtbestätigung von Pfarrern zu beantragen, oder wird von einer genügenden Anzahl Stimmberechtigter rechtzeitig die Durchführung der ordentlichen Bestätigungswahl verlangt, so ist für alle von den Stimmberechtigten zu wählenden Pfarrer der Kirchgemeinde die Bestätigungswahl nach Massgabe der Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte vorzunehmen.

f) Das **Gerichtsverfassungsgesetz** vom 13. Juni 1976:

§ 3 b. Soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist, richtet sich das Verfahren für Wahlen und Abstimmungen bei Geschäften der Justizverwaltung nach den entsprechenden Bestimmungen für die Gemeindebehörden.

Wahl- und Abstimmungsverfahren

§ 28. Das Bezirksgericht wählt nach seiner Gesamterneuerung für den Rest des Kalenderjahres und sodann je am Jahresende für das folgende Jahr aus seiner Mitte in geheimer Wahl einen oder mehrere Vizepräsidenten, deren Zahl vom Obergericht festgesetzt wird, sowie die Einzelrichter.

Vizepräsident und Einzelrichter

g) Das **Landwirtschaftsgesetz** vom 2. September 1979:

§ 56. Abs. 1 und 2 unverändert.

Amtszwang

Das Recht zur Ablehnung der Wahl richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte.

§ 61. Die Geschäftsbehandlung richtet sich nach den entsprechenden Vorschriften für die Gemeindebehörden.

d) Verfahren

B. Beschluss des Kantonsrates über die Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

(vom

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 28. August 2002 und in den Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. März 2003,

beschliesst:

I. Folgende parlamentarische Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- a) Motion KR-Nr. 139/1995 betreffend Änderung des Wahlgesetzes betreffend Urnenwahl,
- b) Postulat KR-Nr. 337/1995 betreffend stille Wahlen für Regierungsrat und Ständerat,
- c) Postulat KR-Nr. 29/1996 betreffend Wahlrecht von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern bei den Ständeratswahlen im Kanton Zürich,
- d) Postulat KR-Nr. 30/1996 betreffend Möglichkeit der stillen Wahl für alle obligatorischen Urnenwahlen,
- e) Motion KR-Nr. 313/2000 betreffend ehrliche und für die Stimmberechtigten verständliche Abstimmungszettel (überwiesen als Postulat),
- f) Motion KR-Nr. 210/2001 betreffend Einführung der Vorprüfung von Volksinitiativen.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

C. Beschluss des Kantonsrates über die Einzelinitiative Stefan Feldmann

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 28. August 2002 und in den Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 7. März 2003,

beschliesst:

I. Der Einzelinitiative Stefan Feldmann, Uster, betreffend Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (KR-Nr. 123/2001) wird im Gesetz über die politischen Rechte Rechnung getragen. Die Einzelinitiative wird demzufolge nicht definitiv unterstützt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 14. Mai 2003

Im Namen der Redaktionskommission

Der Präsident:

Hartmuth Attenhofer

Die Sekretärin:

Heidi Baumann